

**Von:** Prof. Dr. Ralf Höcker

**Gesendet:** Dienstag, 21. April 2026 19:40

**An:** [xxxxx@ufe.de](mailto:xxxxx@ufe.de)>

**Betreff:** AW: Presseanfrage ZDF Magazin Royale und Frag den Staat: Ihre Lehrtätigkeiten

Sehr geehrte Frau XXX,  
sehr geehrte Redaktion,

Ihr ZDF-Magazin Royale ist zu einer Resterampe widerlichster Hinrichtungsberichterstattung verkommen. Sie werden früher oder später darüber stürzen.

Bei Arne Schönbohm haben Sie wenigstens noch exklusiv selbst „recherchiert“, bevor Sie als Allererste rechtswidrigen Unfug über ihn berichtet haben.

Bei Manuel Ostermann waren Sie auch noch die Ersten - allerdings auch die Einzigen, weil andere Medien sich Ihre frei erfundenen Lügen nicht einmal mehr zu Eigen gemacht haben. Man kennt Sie inzwischen.

Nun, im „Fall“ Maninger, sind Sie nur noch die mittlerweile sechste oder siebte Stelle, an die Ihre Quelle (schönen Gruß an den geschassten Ex-Kollegen des Mandanten) sich gewendet hat, um seine längst mehrfach widerlegten Vorwürfe zum x-ten Male in absolut identischer Form wiederkauen zu lassen. Es wird ihm auch diesmal wieder nichts bringen. Denn auch Sie werden mit dem Versuch, unseren Mandanten als Extremisten zu verleumden und so zu zerstören, ebenso scheitern, wie alle anderen vor Ihnen. Ihre Quelle, die Ihnen ganz offenkundig Ihren Fragenkatalog diktiert hat, ist der Wahndee verfallen, unser Mandant habe ihm die Professur „weggenommen“. Ihr durchgedrehter Ghostwriter war aber einfach zu schlecht. Er hat es sogar fertiggebracht, aus dem Staatsdienst gefeuert zu werden. Das muss man erstmal schaffen! Fragen Sie ihn mal, wie. Weil er ansonsten nichts Besseres mehr zu tun hat, will er jetzt wenigstens verhindern, dass die Professur unseres Mandanten entfristet wird. Nur darum geht es ihm und nur darum geht es Ihnen mit Ihrem Beitrag: Sie produzieren auf Kosten der Beitragszahler eine Sendung im ZDF, die das einzige Ziel hat, zu verhindern, dass ein unwiderruflich im Beamtenverhältnis stehender Dozent an einer Polizeihochschule sich auch weiterhin im Unterricht Professor nennen darf. Mehr könnten Sie nicht einmal theoretisch erreichen, nachdem alle behördlichen Untersuchungen und gutachterlichen Stellungnahmen unseren Mandanten komplett entlastet haben. Sie sind wirklich ganz unten angekommen.

**1. Sie wurden laut dem “Abschlussbericht der Stabsstelle Innenrevision, Betreff: Verwaltungsermittlungen zum Vorgang Prof. Dr. Maninger, 2021” (fortlaufend “Innenrevision” genannt) am 23.11.1967 geboren. Wo wurden Sie geboren?**

- Das geht Sie gar nichts an. Es handelt sich beim Innenrevisionsbericht um ein internes Dokument, das rechtswidrig an die Presse „geleakt“ wurde. Ihre Fragen betreffen die geschützte Privatsphäre des Mandanten und werden daher nicht beantwortet.

**Wir widersprechen ausdrücklich jeder Mitteilung privater und personenbezogener Daten unseres Mandanten.**

**2. Wie wurden Sie Pressesprecher der “Afrikaaner-Volksfront”, in diversen Medienberichten auch “Afrikaner Volksfront” oder “Afrikaans Volksfront” genannt (fortlaufend “AVF”)?**

- Unser Mandant war wenige Monate lang als ein Pressesprecher in der „Afrikaaner Volksfront“, aber ausschließlich dem Vorsitzenden der AVF, Constand Viljoen, als Person zugeordnet. Alle anderen AVF-Organisationen waren unabhängig und autonom und hatten jeweils ihre eigenen Pressesprecher. Mehr dazu in der Antwort auf Frage 7.

**3. Wie definieren Sie die Ethnie der “Afrikaaner”? Wer gehört ihr an und wer nicht?**

- Ethnien sind selbstdefinierend, dies betont unser Mandant in seinen Texten immer wieder. Verstehen Sie, was das bedeutet? Unser Mandant betont, dass jede Gruppenzugehörigkeit (also auch die ethnische) eine Mischung aus Selbstzuschreibung und Fremdzuschreibung ist und daher erstens nicht beliebig ist, aber zweitens bei relativer Dauerhaftigkeit auch immer kulturellen Veränderungen zugänglich ist.

Dementsprechend schließt sich bereits an dieser Stelle eine biologische Argumentation aus, die sich in den Texten des Mandanten auch an keiner Stelle findet, was wiederum mehrfach durch Gutachten bestätigt wurde. **Sie wären somit nicht berechtigt, in Ihrem Beitrag die falsche Behauptung aufzustellen, der Mandant definiere den Begriff der Ethnie biologisch.** Da Sie sich so für Rassenforschung interessieren: Laut einer genetischen Studie der biologischen Fachzeitschrift BMC Biology haben übrigens fast 100% aller Buren auch außereuropäische, insbesondere afrikanische und süd-ostasiatische Vorfahren (vgl. Artikel „Patterns of African and Asian admixture in the Afrikaner population of South Africa“, Hollfelder et al. BMC Biology, 2020). Buren sind also keineswegs – wie Sie ständig unterstellen – „rein weiß“. Das hätten Sie nicht gedacht, was? Dagegen gehören wiederum rein britisch-stämmig, tatsächlich weiße Südafrikaner gerade nicht zur Ethnie der Buren, denn sie haben kulturell nichts mit ihnen zu tun. Es geht um Kultur, nicht um Biologie. Merken Sie langsam, dass nur Sie und Ihresgleichen ständig über Rassen und Hautfarben sprechen? Wir tun es hier nur, weil Ihr Einflüsterer und Sie uns dies aufzwingen.

**Sie hätten somit explizit darauf hinzuweisen, dass der Mandant den Begriff der Ethnie als kulturell definiert und kulturellen Veränderungen zugänglich betrachtet. Sie müssten dies durch folgendes Zitat des Unterzeichners (RA Höcker) tun. Keinesfalls dürften Sie Ihren Zuschauern unterschlagen, dass der Mandant der Auffassung ist, dass ausnahmslos jeder Mensch Bure sein und werden kann, auch wenn Ihnen das natürlich nicht ins redaktionell erwünschte Narrativ passt:**

***„Mehrere Gutachten haben bestätigt, dass der Mandant die Ethnie der Buren nirgendwo biologisch, sondern kulturell definiert. Ausnahmslos jeder Mensch kann nach seiner Einschätzung daher unabhängig von seiner biologischen Abstammung und Hautfarbe Bure sein.“***

**4. Wie würden Sie die politischen Ziele und die politische Ausrichtung der AVF beschreiben?**

- Über die AVF können Sie sich u.a. auf der entsprechenden Wikipedia-Seite informieren. Dort heißt es (Unterstreichungen von uns):

*„Die Afrikaner Volksfront (AVF, Engl.: Afrikaner Peoples Front) war eine separatistische Koalition von überwiegend konservativen [\[1\]](#) Parteien, Gewerkschaften und Bauernverbänden*

in Südafrika Anfang der 1990er Jahre, deren gemäßigte Mehrheit entscheidend zur friedlichen Transformation Südafrikas 1993/1994 beitrug.<sup>[2]</sup>  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Afrikaner\\_Volksfront](https://de.wikipedia.org/wiki/Afrikaner_Volksfront)

- Dies bestätigt der Gutachter Krause in seinem Gutachten auf S.23 ff.:  
(Abrufbar unter <https://stephan-maninger.de/entlastung/#gutachten-krause> bzw. [https://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/Gutachten\\_Krause.pdf](https://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/Gutachten_Krause.pdf) )  
*„Auch sind die Kritikpunkte von Peters und Lemke an der Mitwirkung Maningers in der Afrikaaner Volksfront und der Freedom Front nicht nachvollziehbar. In der Kritik von Peters und Lemke wird allein die Tatsache, dass Maninger kurzfristig Pressesprecher der Afrikaaner Volksfront war und sich mit dieser Thematik in seiner Dissertation befasst hat, als Indiz für eine rechte und damit offenkundig rechtsextreme Einstellung genommen. Das ist ein voreiliger Schluss, den man so nicht stehen lassen kann. Maninger war aktiv an politischen Versuchen beteiligt, für Südafrika eine Verfassung zu bewirken, in der es die Möglichkeit von autonomen Gebieten für Weiße wie für Schwarze geben sollte und er kam in seiner Dissertation zu dem Ergebnis, dass die Gründung eines derartigen Staates für Afrikaaner (Buren) durchaus eine Option gewesen wäre, die aber nur politisch zu erringen sei.<sup>85</sup> Daraus zu schließen, dass Maninger rechtsextremen Gedanken eines Ethnopluralismus anhängt, ist völlig abwegig. Die Idee eines derartigen Staates in Südafrika wurde erstmals von dem liberal-progressiven Politiker und Wissenschaftler Frederik van Zyl Slabbert in den 70er Jahren als Modell für die Überwindung des Apartheid-Systems entwickelt.<sup>86</sup> Auch liberale Politiker in Deutschland fanden diese Idee überlegenswert, darunter der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff.<sup>87</sup> Van Zyl Slabbert konnte sich mit dieser Idee, die auf dem Konzept der aus der Friedensforschung stammenden „dissoziativen Konfliktlösung“<sup>88</sup> aufbaute, nicht durchsetzen. Mit Beginn der Verhandlungen zwischen dem südafrikanischen Präsidenten Frederik W. de Klerk und dem ANC Sprecher Nelson Mandela brachte er diese Idee wieder auf, fand aber dafür keine Unterstützung.<sup>89</sup> Die Option eines Afrikaaner-Staates kam allerdings 1993/1994 wieder ins Spiel, weil die Sorge (nicht nur bei Weißen, sondern auch bei Schwarzen) groß war, dass der ANC ein zentralistisches Staatswesen anstrebte.<sup>90</sup> Die Afrikaaner Volksfront wurde im Mai 1993 von dem früheren Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Constand Viljoen, gegründet und war ein Zusammenschluss konservativer Buren, die sich die Bildung eines Afrikaanerstaates auf die Fahnen geschrieben hatte. Im Juli 1993 schloss sich die Afrikaaner Volksfront mit mehreren schwarzen Organisationen zusammen, die in Opposition zum ANC standen und ein Südafrika haben wollten, in dem es ethnisch autonome Gebiete geben sollte (Freedom Alliance).<sup>91</sup> Innerhalb der Buren gab es allerdings große Differenzen über die Art und Weise des Vorgehens. Während die Afrikaaner Widerstandsbewegung unter Führung des Rechtsextremisten Eugène Terre'Blanche Gewalt befürwortete und Anschläge durchführte, war die Afrikaaner Volksfront auf eine politische Lösung aus. In einem Interview mit der Los Angeles Times vom Februar 1994 machte Maninger als deren Sprecher deutlich, dass es seiner Organisation nicht gelungen sei, die gewaltbereiten Extremisten von Aktionen abzuhalten.<sup>92</sup> Der Neo-Nazi Terre'Blanche war für Maninger offensichtlich die Nemesis und als dieser 1997 verhaftet wurde, schrieb er in der Jungen Freiheit, dass die Mehrheit der Buren darüber erleichtert sei.<sup>93</sup>  
Das Vorhaben fand insofern Beachtung als dass Viljoen im Ruf stand, er könne auf das Reservistenpotential der damals noch bestehenden Südafrikanischen Streitkräfte zurückgreifen, um gegebenenfalls einen selbständigen Staat der Buren zu schaffen. Im März 1994 distanzierte er sich aber von derartigen Überlegungen und warb dafür, dieses Ziel*

einzig auf politischem Weg zu verfolgen. Zu diesem Zweck gründete er mit weiteren Anhängern aus der Freedom Alliance die Partei Freedom Front, die an den ersten freien Parlamentswahlen vom April 1994 teilnahm und dabei für einen unabhängigen Buren-staaten warb. Auch die Inkatha-Party nahm an den Wahlen teil. Maninger war zu diesem Zeitpunkt Viljoens Sprecher und betonte in einem Interview mit dem Christian Science Monitor, dass die Freedom Front Party ihre Ziele ausschließlich politisch verfolgen wollte und dass sie hoffte, mehr als fünf Prozent der Stimmen zu erhalten, so dass sie Teil der Übergangsregierung werden könnte.<sup>94</sup>

[...] Immerhin wurde eine Kommission der Verfassungsgebenden Versammlung gebildet (Volksstaat Council), die sich mit den Möglichkeiten einer autonomen Burenrepublik befasste und einen entsprechenden Vorschlag an die verfassungsgebende Versammlung vorlegte. Dieser fand aber keine Mehrheit.<sup>95</sup> Viljoen arrangierte sich daraufhin mit Mandela und wird seither für seine positive Rolle beim Übergang Südafrikas gewürdigt. Die Afrikaaner Volksfront bzw. die Freedom Front (in der auch schwarze Politiker mitwirkten) haben es mit ihrem Engagement zumindest geschafft, dass die Verfassung weniger zentralistisch ausfiel und Provinzen entstehen konnten, die eine gewisse Eigenständigkeit erhielten. Da es kein zusammenhängendes Siedlungsgebiet der Weißen in Südafrika gibt, war die Option eines Afrikaaner-Staats alleine nie realistisch, sie hätte bestenfalls in einem Südafrika stattfinden können, welches aus lauter autonomen Gebieten bestanden hätte. Die Afrikaaner Volksfront und die Freedom Front wurden später dafür gepriesen, dass sie sich im Rahmen der Verhandlungen mehrheitlich von diesem Konzept abgewandt und damit zum Gelingen der Verfassung von 1996 beigetragen habe. All diese Informationen standen Peters und Lemke zur Verfügung, dennoch haben sie hauptsächlich versucht, mit aus dem Kontext gerissenen Zitaten Maninger eine rechte, ethnopluralistische Gesinnung anzudichten. Von daher müssen die Kritikpunkte von Peters und Lemke als gegenstandslos betrachtet werden.“

- Zudem lassen wir an dieser Stelle weitere Unabhängige sprechen, die zu dem besagten Zeitpunkt mit Maninger gearbeitet haben. So schreibt der langjährige Menschenrechtsanwalt und langjähriger Mitarbeiter der „Open Society“ Martin Schönteich in einem Brief am Innenministerin Faeser vom 29. November 2022:

„Peter and Lemke’s averments of Dr. Maninger’s radicalism and racism are incongruent with the person I knew at the time. For example, I recall that Dr. Maninger appeared to have excellent working relationships across party political lines, before and after the election of 1994. Throughout my dealings with Dr. Maninger, I found him to be a reasonable, balanced, informed and articulate interlocutor. He struck me as a voice of reason and moderation in an often volatile political climate in South Africa. He was a person of strong democratic (libertarian), patriotic, anti-communist convictions and expressed loyalty to the Afrikaners among whom he had been raised.

It was my sense that Dr. Maninger’s reputation as a policy expert was based on the fact that he had, as a student at the Department of Development Studies of the University of Johannesburg, gained considerable experience by participating in development projects within and outside South Africa.

In 1999 – 2003, I was employed as a Senior Researcher at the Institute for Security Studies (ISS) in South Africa. The ISS is an applied policy research organisation and one of the largest think-tanks in Africa. Its mission is to conceptualise, inform and enhance the security debate in sub-Saharan Africa.

Whilst at the ISS, I co-authored a monograph, *Volk, Faith and Fatherland: The Security Threat Posed by the White Right*. The monograph explored the threat the white right posed to South Africa's internal security and political stability. I undertook extensive fieldwork to write the monograph, including numerous interviews with political and cultural leaders and activists involved in right-wing activities at the time. Interviewees who either knew or had interacted with Dr. Maninger, during his short period as the media liaison to retired General Constand Viljoen (1993/1994) or during his years working in Parliament, invariably described him as a person who rejected extremism and espoused dialogue to resolve South Africa's complex political problems. Viljoen was praised by Nelson Mandela and subsequent South African presidents for his contribution to the peaceful transition, also known as the South African "miracle".

„As for the criticism that Dr. Maninger supported a territorially-based dispensation for South Africa, allow me to point out the following: - Proposals in favour of splitting South Africa along ethno-cultural lines have been part of the political debate for more than a century. Indeed, in the early 1930s even the South African Communist Party was proposing this for a while. The Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) has explored such options since the mid- 1970s and advised accordingly during South Africa's transition period. According to Prof. Dr. Klaus von der Ropp (SWP), prominent German politicians such as Helmut Schmidt, Egon Bahr and Klaus Kinkel entertained the idea as well.<sup>2</sup> Jakob Zollmann of the Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung recently published a paper in which he looked at all the proposals to partition South Africa and concluded, "The [partition] proposals discussed here were all destined to avoid war altogether – they offered conflict regulation in a plural society through partition".<sup>3</sup> I recall that in the early 1990s, as South Africa faced the real risk of civil war, serious political voices considered – albeit hesitatingly – confederal options to avert widespread violent conflict. Ideas around territorial partition were frequently considered as an alternative to apartheid, meaning that the 'Volkstaat' idea, irrespective of whether it was desirable or even feasible, was a political position away from race as determining criteria, being designed to accommodate the self-determination claims of the 'Afrikaners' and other cultural minorities in South Africa in accordance with international law. Claims of racism therefore do not, per se, apply to this concept.

“Based on my interactions with Dr. Maninger, the attacks on him therefore strike me as unfair and lacking in context given the complexity of the South African political situation in the 1990s.”

- NZZ – Neue Züricher Zeitung, 2001:

„Obwohl Viljoen vorhat, sich wieder vermehrt um seine Farm im Nordosten des Landes zu kümmern, wird er weiter für die Selbstbestimmung der Afrikaaner, auch für einen "Volksstaat", kämpfen. Er beteuert, dass ein solcher "Volksstaat" nicht ein völlig von Südafrika unabhängiges, sezessionistisches Gebilde wäre, sondern ein Teil der Republik. Er meint, in einer pluralistischen Gesellschaft sei das Konzept der "internen Selbstbestimmung" durchaus vertretbar; es wirke nicht dem Grundsatz eines einzigen souveränen südafrikanischen Staates entgegen. [...]

Viljoens Vision vom "Volksstaat" zielt auf die Schaffung eines Afrikaaner-Gemeinwesens in einem eigenen geographischen Gebiet, beispielsweise im Nordkap, ab, in dem die Buren gemäss ihren Traditionen und ihren religiösen Überzeugungen leben und ihre Sprache sprechen könnten. Der Volksstaat solle aber auch als einer der Bausteine der

südafrikanischen Nation angesehen werden und keineswegs als abgeschottete Enklave einer Minderheit, die mit der Entwicklung und dem Aufbau des Landes nichts zu tun haben wolle, meint Viljoen. [...]

Unmittelbar vor den ersten demokratischen Wahlen 1994 hatte Viljoen mit Vertretern des African National Congress (ANC) Gespräche über die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für die Afrikaner geführt. Tatsächlich wurde in die neue Verfassung denn auch ein Paragraph aufgenommen, der die Vereinbarkeit von nationaler Selbstbestimmung (des südafrikanisches Volkes als ganzes) und der Selbstbestimmung einer Volksgruppe auf territorialer Basis oder auf andere Art ausdrücklich festhält.“

Quelle: NZZ, Langer Weg zur Selbstbestimmung der Buren /Rücktritt Viljoens von der Führung der Freiheitsfront, 31.3.2001, S.5. <https://www.nzz.ch/article7B0Y1-ld.19879>

- INDICATOR South Africa (Political Monitor), 1998

*“Two established principles relating to the quest for a volkstaat should be stated at the outset. Firstly, a volkstaat is a recognised form of self-determination. Other recognised forms include amalgamation with an adjoining state and various types of internal autonomy, ranging from corporate to local or regional selfrule. All of these or combinations thereof, constitute legitimate options for exercising rights of selfdetermination. Secondly, self-determination constitutes a collective right to which all peoples are entitled. Governments and the international community are bound to protect and promote it.”*

+

*“The vision of a national home became a pressing matter during the 1960s, when it became clear that freedom through apartheid was unlikely, and that continuation of the status quo could not be justified. Volkstaat supporters maintain that their objective is, and always has been, to find an alternative to apartheid, not to perpetuate it. They are concerned that their willingness to liberate themselves from apartheid, and to participate constructively in negotiation, government and other democratic processes, have not been rewarded in the manner envisaged in the Accord on Afrikaner Self-determination, forged between the Freedom Front, the ANC and the South African Government/ National Party, 23 April 1994.”*

Quelle: Political Monitor, Chris Jooste, A Volkstaat for Afrikaners, in: Indicator South Africa, Vol. 15, Nr. 3, 1998. [https://journals.co.za/doi/pdf/10.10520/AJA0259188X\\_1602](https://journals.co.za/doi/pdf/10.10520/AJA0259188X_1602)

- Alle Präsidenten ab 1994 haben ihren Dank an Constand Viljoen<sup>[1]</sup> für dessen Beitrag zur Ablösung des Apartheidsregimes ausgesprochen. Nach seinem Tod (2020) erklärte der ehemalige ANC-Unterhändler und Kabinettsmitglied unter Mandela, Mac Maharaj dessen Rolle als „entscheidend“. Gleichzeitig erklärte Tony Leon, politischer Konkurrent und ehemaliger Parteichef der „Democratic Party“ (DP), dass Viljoen zu den „Helden unserer Demokratie“ zähle.<sup>[2]</sup> Außerdem sei erwähnt, dass die von Viljoen gegründete VF die neue Verfassung im Sinne von Minderheitsrechten (Section 235) mitprägte, und später auch mehrfach regierungsbeteiligt war.<sup>[3]</sup>

---

<sup>[1]</sup> „Mbeki thanks Viljoen“, News24, 15 March 2001, <https://www.news24.com/mbeki-thanks-constand-viljoen-20010315> .

<sup>[2]</sup> Pieter du Toit, „Constand Viljoen ‘played critical role’ in peaceful transition to democracy“, News24, 3 April 2020, <https://www.news24.com/constand-viljoen-played-critical-role-in-peaceful-transition-to-democracy-20200403> .

<sup>[3]</sup> De Villier, Bertus, „Section 235 of the Constitution: Too soon or too late for cultural self-determination in South Africa?“, South African Journal on Human Rights, Volume 30 Issue 3, 2014, S. 458-483.

**5. Sind Sie selbst ein Nachfahre der Buren, also von weißen Siedler:innen in Südafrika?**

- Auch das geht Sie nichts an. Sparen Sie sich Ihre ebenso widerliche wie sachlich unbegründete Rassenforschung. Sie wird auch durch Ihr Gegengere nicht weniger ekelerregend. Erneut: Es geht dem Mandanten um Kultur, nicht um biologische Nachkommenschaft von „Weißen“. Private und personenbezogene Informationen zu unserem Mandanten werden i.Ü. grundsätzlich nicht herausgegeben, s.o.

**6. Waren Sie zur Zeit des Apartheid-Regimes ein Befürworter des Apartheid-Regimes in Südafrika?**

- Nein, siehe Antwort auf Frage 4.
- Damit Sie sich ein weitergehendes Bild von unserem Mandanten machen können, hier noch ein Auszug aus einem Zeugnis:

*„In short, as a young man he made an intellectual contribution to help convince people that South Africa should democratise, that federalism and the protection of minority rights should take the place of Apartheid, and that the country should not follow the same policies that led to the failure of neighboring countries such as Zimbabwe and Mozambique. Our aim was to help create conditions that would make it possible for Afrikaners to stay in the country after 1994, so that they could make a sustainable contribution to South Africa and all its people. The reason was that Westerners' rapid emigration from numerous African states after independence led to great economic disruption.*

*Therefore, one of his first contributions was a lecture, 'Culture, not colour', on the preconditions for the sustainable development of Human Resources, delivered on 11 February 1993 in Braamfontein, Johannesburg. I am pleased to say that a young student at the time helped to lay the intellectual foundation of what is today a mainstream Christian democratic organisation that promotes racial relations and works together to support South Africa and all its people in our current crisis.*”

**Sie sind verpflichtet, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass unser Mandant das Apartheidsregime stets abgelehnt hat. Diese Information ist entscheidend, wenn Sie ihn – wie zu erwarten steht – fälschlich als rassistischen Apartheidsanhänger diffamieren wollen. Wir warnen Sie erneut, keinesfalls die oben unterstrichenen Informationen auszulassen, die den Mandanten klar entlasten.**

**7. Die Deutsche Welle berichtet am 12. Juli 1993 über die AVF. Im Beitrag ist der Anführer der AVF, Constand Viljoen, zu hören: “Die Zeit ist gekommen, in der unsere friedlichen und ausgewogenen Vorschläge zurückgewiesen und abgelehnt werden. Und wenn das passiert, meine Damen und Herren, dann werden wir unsere Ziele mit Gewalt durchsetzen müssen. Der Ex-General, Anführer der rechtsextremen Afrikaaner-Volksfront, will eine schwarz-weiße Demokratie in Südafrika mit allen Mitteln verhindern”. Warum waren Sie Pressesprecher einer rechtsextremen Organisation, die offen damit gedroht hat, ihre Ziele “mit Gewalt durchzusetzen”?**

- Wie gesagt war der Mandant nicht Pressesprecher der Gesamtorganisation AVF.
- Zum Frageaspekt „rechtsextreme Organisation“:

Vorangestellt sei, dass die Bewertung der Deutschen Welle falsch ist: Die Afrikaner Volksfront war keine rechtsextremistische Organisation. Hierfür gibt es zahlreiche Belege und Quelle, von denen wir nur einen Bruchteil anführen:

- Wir verweisen auf die Wikipedia-Seite der AVF: „Die Afrikaner Volksfront (AVF, Engl.: Afrikaner Peoples Front) war eine separatistische Koalition von überwiegend konservativen<sup>[1]</sup> Parteien, Gewerkschaften und Bauernverbänden in Südafrika Anfang der 1990er Jahre, deren gemäßigte Mehrheit entscheidend zur friedlichen Transformation Südafrikas 1993/1994 beitrug.<sup>[2]</sup>“

[https://de.wikipedia.org/wiki/Afrikaner\\_Volksfront](https://de.wikipedia.org/wiki/Afrikaner_Volksfront)

- Dazu die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung: „Vryheidsfront Plus/FreedomFront Plus (VF+): 1993 gegründet, politisch rechts, Vertretung konservativer Afrikaner (0,89%);“ <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/03281>

- Dazu selbst in linken Zeitungen wie NEUES DEUTSCHLAND: „Die Freiheitsfront des konservativen Burenführers Constand Viljoen wird sich an den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika Ende April beteiligen. Das berichtete die Zeitung „Business Day“ unter Berufung auf ein Buren-Geheimtreffen. Die FF schert damit aus der Wahl-Ablehnungsfront der Buren-Sammelbewegung Afrikaner Volksfront (AVF).“ <https://www.nd-aktuell.de/artikel/473751.freiheitsfront-nimmt-am-maerz-votum-teil.html>

- Dazu der Afrikaexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): „Bei der Freedom Front handelte es sich um eine Neugründung konservativer, aber nicht reaktionärer, Weißer Afrikaner um den landesweit anerkannten früheren Viersternegeneral Constand Viljoen. Das starke Lager der Weißen Reaktionäre versuchte dagegen, zur Apartheid zurückzukehren. Das führte zu einem radikalen Bruch mit Viljoen.“

Klaus von der Ropp, Mit vereinten Kräften: Letzte Chance einer Stabilisierung des neuen Südafrika, S. 309. <https://link.springer.com/article/10.1007/s12399-021-00869-2>

**Sie wären verpflichtet, explizit darauf hinzuweisen, dass die Bewertung der AVF als „rechtsextrem“ nach diesen Stimmen falsch ist. Rechtsextrem war die AWB, die zurück zur Apartheid wollte.**

- Zum Frageaspekt „mit Gewalt“:
- Der angeführte Beitrag der Deutschen Welle ist nicht bekannt und nicht im Internet abzurufen. Den Kontext dieser Aussage können wir nicht zuordnen. **Wir fordern Sie daher auf, uns mit der Originalquelle zu konfrontieren.**
- Der Mandant war am 12.07.1993 noch nicht Pressesprecher Viljoens. Es ist zudem eine historisch unbestrittene Tatsache, dass Viljoen ganz entscheidend zur friedlichen Überwindung des Apartheidsregimes beitrug. Die AVF bestand i.Ü. aus vielen verschiedenen z.T. eigenständigen und gegensätzlichen Gruppen. Die Konfliktsituation innerhalb der AVF spiegelt dabei gut die gesamtgesellschaftliche Lage Südafrikas in der Transformationszeit wider, in der auch ein Bürgerkrieg eine realistische Bedrohung war. (Mehr zu diesem Punkt in der Antwort auf Frage 10). Das Engagement von Constand Viljoen war vor diesem Hintergrund besonders wichtig, da sich nur so die demokratischen Kräfte innerhalb der AVF durchsetzen konnten und eine Teilnahme an den ersten freien Wahlen überhaupt

möglich wurde. Damit konnte Viljoen mit seiner Entscheidung der Teilnahme an den Wahlen das neue Post-Apartheids-System unterstützen und so schließlich einen drohenden Bürgerkrieg verhindern.

- Aus genau diesem Grund wurde Constand Viljoen weit über die damalige Zeit hinaus von allen Seiten Respekt und Dank ausgesprochen. Alle südafrikanischen Präsidenten ab 1994 haben Constand Viljoen<sup>[4]</sup> für diesen Beitrag ihren Dank ausgesprochen und nach dessen Tod (2020) erklärte der ehemalige ANC-Unterhändler und Kabinettsmitglied unter Mandela, Mac Maharaj dessen Rolle als „entscheidend“. Gleichzeitig erklärte Tony Leon, politischer Konkurrent und ehemaliger Parteichef der „Democratic Party“ (DP), dass Viljoen zu den „Helden unserer Demokratie“ zähle.<sup>[5]</sup>
- Hier sind weitere Zitate, die das gewaltfreie Wirken von Constand Viljoen und sein Eintreten gerade für einen „non racial volkstaat“ einordnen:
  - Wie hier bei den United Nations: *“On 23 April, General Viljoen signed an accord on behalf of FF with the Government of South Africa and ANC in which the parties agreed to address the idea of Afrikaner self-determination, including the concept of a volkstaat, through negotiations and FF undertook to seek a non-racial volkstaat based on democratic principles and human rights. The Government and ANC agreed that votes cast for FF in the elections would be considered to reflect a desire for Afrikaner self-determination.”*

Quelle: UN - United Nations, General Assembly, Security Council, Report of the special committee against apartheid, 14.6.1994, S.12.

[https://digitallibrary.un.org/record/179264/files/A\\_48\\_22\\_Add.1-EN.pdf](https://digitallibrary.un.org/record/179264/files/A_48_22_Add.1-EN.pdf)

- SPIEGEL, 1999

*„Constand Viljoen, 65, leitet die ultrakonservative Freedom Front, Vorkämpferin für einen unabhängigen »Volksstaat«. Der Ex-General rang dem regierenden ANC kurz vor dem Machtwechsel 1994 das Versprechen territorialer Autonomie für die Buren ab und verhinderte damit einen Bürgerkrieg.“*

Quelle: SPIEGEL, Südafrika. »Wir werden zur Minderheit«, Nr.14, 4.4.1999.

<https://www.spiegel.de/politik/wir-werden-zur-minderheit-a-fbf9d4f3-0002-0001-0000-000010932960>

- Deutsche Gesellschaft für die Vertretung der Vereinten Nationen e.V.: *„Schließlich gelang es, in buchstäblicher letzter Minute die kompromissbereite AVF-Abspaltung Freiheitsfront (FF) unter ihrem verhandlungsbereiten, von Mandela hochgeschätzten Führer General a.D. Constand Viljoen zur Wahlteilnahme zu bewegen.“<sup>126</sup>*

<https://dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/blickpunkt-suedafrika>

**Sie wären verpflichtet, explizit darauf hinzuweisen, dass es Viljoen gelang, die gewaltbereiten Buren „einzufangen“ und die friedliche Transformation Südafrikas überhaupt erst zu ermöglichen. Viljoen hat keinen Bürgerkrieg geplant, er hat ihn verhindert.**

---

<sup>[4]</sup> „Mbeki thanks Viljoen“, News24, 15 March 2001, <https://www.news24.com/mbeki-thanks-constand-viljoen-20010315> .

<sup>[5]</sup> Pieter du Toit, „Constand Viljoen ‘played critical role’ in peaceful transition to democracy“, News24, 3 April 2020, <https://www.news24.com/constand-viljoen-played-critical-role-in-peaceful-transition-to-democracy-20200403> .

## 8. Waren Sie zu irgendeinem Zeitpunkt vor Ihrer Verbeamtung rechtsextrem?

Unser Mandant hat zu jedem Zeitpunkt faschistische, rassistische bzw. rechtsextreme Ideologien aktiv abgelehnt. In mehreren wissenschaftlichen Aufsätzen hat er dies zum Ausdruck gebracht. Hier nur ein Beispiel:

„*Gefängnisstrafe für Hobby-Nazi*“<sup>[6]</sup> (1997), in dem Rassismus und Rechtsextremismus sehr deutlich verurteilt werden.

Diesen Aufsatz unseres Mandanten haben Sie offensichtlich bewusst unterschlagen, da Sie nur den direkt darüber befindlichen Artikel „*Tod ist ein Meister aus Afrika*“ skandalisieren wollen.

Im unterschlagenen Artikel findet sich u.a. folgender Abschnitt:

*„Für viele ist damit ein peinliches Kapitel der jüngsten Geschichte Südafrikas zu Ende gegangen. TerreBlanche und seine mit hakenkreuzähnlichen Abzeichen gekennzeichnete Schlägerbande fungierten seit Jahren als Lieblings-Fotomotiv internationaler Medien. Der breite Raum, der in der Berichterstattung der rassistischen Hitler-Nachmacherei der AWB-Demagogen eingeräumt wurde, diente offensichtlich der Diskreditierung der politischen Ziele jener Buren, die auf ernstzunehmende Art und Weise die Selbstbestimmung anstrebten.“*

Zudem wurde u.a. dieser Punkt mehrfach untersucht: Behördlich durch die Innenrevision und durch externe Gutachten über die Texte unseres Mandanten. Übereinstimmend kamen alle zu dem Ergebnis, dass dieser Vorwurf (wie auch alle anderen Punkte) nicht zutrifft und unser Mandant entlastet ist.

Siehe zudem Antwort auf Frage 4 und Frage 34.

## 9. Am 27. Februar 1994 schreibt der SPIEGEL: *“Wir beanspruchen nicht mehr als 17 Prozent des Landes. Den Rest überlassen wir gern den anderen”, doziert Stephen Manninger, Sprecher der Afrikaaner-Volksfront. Der schneidige Blonde mit der Pistole am Gürtel macht allerdings kein Hehl daraus, daß es sich bei dem Stück, das die rechten Buren begehren, um ‘Südafrikas Brotkorb’ handelt. Industriegebiete mit Gold- und Kohlebergwerken gehören dazu.”* **Warum war es Ihnen wichtig, einen Volksstaat für Weiße zu errichten und damit abermals eine Trennung der sogenannten Rassen zu forcieren?**

- Wie Sie wissen, vertritt man als Pressesprecher keine eigene Meinung, sondern äußert die des Vertretenen.
- Niemand hat damals einen Volkstaat für Weiße gefordert, auch nicht der Mandant. Nur Sie reden ständig von diesem Phantasiikonstrukt. Nicht Biologie, sondern Kultur war (wie oben zitiert) stets das Kriterium für die Zugehörigkeit zum Volkstaat. Die gegenteilige Darstellung ist ebenso falsch wie rassistisch. Sie wird auch durch ständige Wiederholung nicht wahr. Weder sind die Buren ein durchgängig weißes Volk, noch ist jeder Weiße in Südafrika Bure. Biologie und „Weißsein“ spielten daher schon per definitionem keine Rolle.
- Sogar der zitierte Artikel spricht i.Ü. von Buren, also von einer ethnisch-kulturellen Zugehörigkeit und keiner biologischen/“rassistischen“.

---

<sup>[6]</sup> Maninger, Stephan, „Haftstrafe für Hobby-Nazi, Südafrika: Buren freuen sich über die Verurteilung von AWB-Führer‘ TerreBlanche“, in: Junge Freiheit, Nr. 28, 4. Juli 1997.

- Die Idee eines Volksstaates hatte nicht die von Ihnen unterstellte rassistische Motivation:
  - Viljoen: „Eine Fortsetzung der Apartheid streben wir nicht an.“

Quelle: SPIEGEL, Südafrika. »Wir werden zur Minderheit«, Nr.14, 4.4.1999.

<https://www.spiegel.de/politik/wir-werden-zur-minderheit-a-fbf9d4f3-0002-0001-0000-000010932960>

- INDICATOR South Africa (Political Monitor), 1998

*“The vision of a national home became a pressing matter during the 1960s, when it became clear that freedom through apartheid was unlikely, and that continuation of the status quo could not be justified. Volkstaat supporters maintain that their objective is, and always has been, to find an alternative to apartheid, not to perpetuate it. They are concerned that their willingness to liberate themselves from apartheid, and to participate constructively in negotiation, government and other democratic processes, have not been rewarded in the manner envisaged in the Accord on Afrikaner Self-determination, forged between the Freedom Front, the ANC and the South African Government/ National Party, 23 April 1994.”*

Quelle: Political Monitor, Chris Jooste, A Volkstaat for Afrikaners, in: Indicator South Africa, Vol. 15, Nr. 3, 1998. [https://journals.co.za/doi/pdf/10.10520/AJA0259188X\\_1602](https://journals.co.za/doi/pdf/10.10520/AJA0259188X_1602)

- Auch hier verweisen wir gerne noch einmal auf die Einschätzung der United Nations (UN) Generalversammlung/Sicherheitsrat, bei der explizit "non-racial" als zentrales Merkmal herausgestellt wird:

*"On 23 April, General Viljoen signed an accord on behalf of FF with the Government of South Africa and ANC in which the parties agreed to address the idea of Afrikaner self-determination, including the concept of a volkstaat, through negotiations and FF undertook to seek a non-racial volkstaat based on democratic principles and human rights. The Government and ANC agreed that votes cast for FF in the elections would be considered to reflect a desire for Afrikaner self-determination."*

Quelle: UN - United Nations, General Assembly, Security Council, Report of the special committee against apartheid, 14.6.1994, S.12.

[https://digitallibrary.un.org/record/179264/files/A\\_48\\_22\\_Add.1-EN.pdf](https://digitallibrary.un.org/record/179264/files/A_48_22_Add.1-EN.pdf)

## **10. Warum haben Sie damals eine Pistole am Gürtel getragen? Waren Sie auch in kämpferische Aktivitäten der AVF involviert?**

- Nein, unser Mandant war Pressesprecher!

Aufgrund der hohen Gefährdungslage von Constand Viljoen und seinen Büromitarbeitern insbesondere durch rechtsextreme Buren, die den gewaltfreien Kurs Viljoens ablehnten, hatte die Polizei dringend dazu geraten, dass Viljoen und sein unmittelbares Umfeld zu ihrem eigenen Schutz Waffen tragen. Es wurden entsprechende Waffenscheine ausgestellt. 2003 wurden mehrere Rechtsextremisten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, weil sie u.a. Constand Viljoen als Verräter betrachteten und ermorden wollten. Die Gefährdung war somit real.

Siehe zudem Antwort auf Frage 7.

## **11. In Ihrer Doktorarbeit schreiben Sie 1998 über “The Afrikaner Volkstaat as an ethnic conflict regulator in South Africa”. Sie gehen darin davon aus, dass ein Volksstaat für Weiße dazu beitragen könne, die Konflikte in Südafrika zu regulieren. Insgesamt deckt sich Ihre wissenschaftliche Arbeit mit den Zielen der AVF, deren Pressesprecher Sie waren. Haben Sie Ihre Tätigkeit für die AVF in Ihrer Doktorarbeit offengelegt?**

- Unser Mandant war wenige Monate lang als Pressesprecher in der „Afrikaaner Volksfront“ ausschließlich dem Vorsitzenden der AVF Constand Viljoen als Person zugeordnet. Alle anderen AVF-Organisationen waren unabhängig und autonom und hatten jeweils ihre eigenen Pressesprecher. Sie wiederholen mit dem falschen Vorwurf „Volksstaat für Weiße“ erneut unzutreffende „Rassenkategorien“. Würden Sie auch pauschal undifferenziert von einem „Volkstaat für Schwarze“ sprechen, wenn etwa das Volk der Zulu einen Zulu-Volkstaat für sich fordert? Sicherlich nicht. Die Inkatha-Freedom Party forderte tatsächlich eine Territorialautonomie für die Provinz Kwa-Zulu-Natal. Und die Diskussion ist auch heute hochaktuell mit diesbezüglichen Forderungen zum Westkap. Siehe i.Ü. Antwort auf Frage 4.
- Ihre Frage über die Offenlegung der Tätigkeiten für die AVF ist unverständlich. Dieses wichtige Thema der Untersuchung wurde im Rahmen eines Leistungsstipendium ausdrücklich vom Lehrstuhl und der Universität finanziell gefördert. Und zwar, weil es in keiner Weise anrühlich war, wie Sie zu unterstellen versuchen. Einer der Doktorväter war damals Berater des Ministers „for constitutional development“. Unser Mandant arbeitete in seiner Funktion als parlamentarischer Mitarbeiter im neuen, post-apartheid Parlament der Entwicklung des §235 der südafrikanischen Verfassung („Self-determination“, also dem Selbstbestimmungsrecht für Minderheiten) zu.

**12. Auf Seite 9 schreiben Sie unter „Approach“:** *“The approach to the study will from the onset be based on the above hypothesis that a territorial dispensation in the form of a 'Volkstaat' should be seen as a conflict regulator.”* **Sie gehen also “from the onset” davon aus, dass ein Volksstaat für Weiße als “conflict regulator” gesehen werden “sollte”. Wenig überraschend kommen Sie in Ihrer Synopsis dann zu dem Ergebnis:** *“This study has concluded that the peaceful, evolutionary creation of such an entity can serve as a conflict preventative and regulating measure.”* **Sind Sie der Ansicht, dass Sie sich in Ihrer Doktorarbeit wissenschaftlich unvoreingenommen dem Thema des Afrikaaner Volkstaat gewidmet haben?**

- Zwei Doktorväter und eine Kommission von insgesamt 12 Professoren kamen am 4. November 1997 zu einem positiven Votum. In der Dissertation wurden alle wissenschaftlichen Gütekriterien – natürlich auch die Objektivität und Unvoreingenommenheit – eingehalten. Man staunt über Ihr Textverständnis.

**13. Am 12. September 1998 sind Sie als Redner des “Hilfskomitee Südliches Afrika” beim 22. Südafrika-Seminar in Coburg als Redner aufgetreten. Worüber haben Sie damals referiert?**

- Unser Mandant hatte über Südafrika und die politische Situation der Buren als Minderheit referiert.

**14. Initiator des “Hilfskomitee Südliches Afrika“ war laut Verfassungsschutzbericht 1976 der NPD-Funktionär Peter Dehoust, der auch die Zeitschrift “Nation Europa” verantwortete (<https://verfassungsschutzberichte.de/bund/1976#42>). In dieser Zeitschrift hieß es etwa: “ohne die totale Lüge wäre ein Nürnberger Prozeß niemals möglich gewesen”, “die 6-Millionen-Legende” “hätte niemals aufgestellt werden können”. Wie sind Sie in das Umfeld von Personen wie Peter Dehoust gekommen?**

- Unser Mandant hielt damals ca. 100 Vorträge pro Jahr. Es lässt sich nach fast 30 Jahren nicht mehr genau rekonstruieren, wie dieses Ereignis zustande gekommen ist.
  - Unser Mandant hatte keine Kenntnis über den politischen Hintergrund von Herrn Dehoust. Unser Mandant ist erst kurz zuvor, Ende der 90er Jahre, nach Deutschland übergesiedelt. Aus diesem Grund kannte unser Mandant auch nicht den von Ihnen angeführten Verfassungsschutzbericht von 1976 und auch nicht die angeführte Zeitschrift „Nation Europa“, geschweige denn deren Inhalte.
- Die nachfolgende Antwort bezieht sich auf alle von Ihnen gestellten Fragen zum Themenkomplex „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA) bzw. „Südafrika-Seminar“.

- In einer Bundestag-Drucksache 12/5041 mit der Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS/ Linke vom 26.5.1993 wird Folgendes geantwortet:

„11. Hat die Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über das HSA, und wenn ja, welche?

Das „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA) wurde in früheren Jahren als rechtsextremistisch eingeschätzt, weil seine Gründer und Vorstandsmitglieder zumeist Rechtsextremisten waren. Diese Einschätzung ließ sich nicht aufrechterhalten, da auf den Veranstaltungen des HSA neben einzelnen Befürwortern der Apartheid auch Vertreter eines Ausgleichs der verschiedenen Bevölkerungsgruppen Südafrikas zu Wort kamen.“

<https://dserver.bundestag.de/btd/12/050/1205041.pdf>

Unser Mandant sprach gerade nicht als Befürworter der Apartheid auf dem Seminar, sondern als Vertreter des Ausgleichs, weswegen es letztendlich auch zu einem offenen Eklat mit einem Apartheids-Unterstützer (Nordbruch) gekommen ist und unser Mandant von Teilen des Publikums angefeindet wurde, woraufhin er die Veranstaltungsteilnahme abbrach. **Darauf hätten Sie explizit hinzuweisen.** Weiteres dazu siehe Antwort auf Frage 15.

- Dazu mehrere behördliche Stellen, die den Fall intensiv geprüft haben:

Antwort des BMI Staatssekretärs Engelke an Dr. Konstantin von Notz:  
(BT Drucksache 19/32038 vom 20.8.2021)

„Nach der Presseanfrage von „Ippen Investigativ Recherche“ teilte Prof. M. mit, an diesem Südafrika-Seminar im Jahr 1998 teilgenommen zu haben. Als Prof. M. die unstreitig rechtsgerichtete Geisteshaltung der Teilnehmer erkannte, beendete er seinen Vortrag und verließ den Tagungsort. Im Anschluss richtete Prof. M. ein Distanzierungsschreiben an die Veranstalter. Dieses Schreiben hat Prof. M. inzwischen dienstlich vorgelegt.“ (S.26)

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/320/1932038.pdf>

Abschlussbericht der Innenrevision zum Fall Maninger:

„Der Vorwurf einer gewissen Nähe zum Umfeld der NSU-Unterstützer hat sich nicht bestätigt. Das vorzeitige Verlassen des Südafrika-Seminars im Jahr 1998 und die nachträgliche Distanzierung zu dem Teilnehmerkreis belegt sogar das Gegenteil.“

Quelle: Innenrevisionsbericht, Verwaltungsermittlungen zum Vorgang Prof. Dr. Maninger, 19.11.2021, S.15.

Zudem heißt es im Bericht auf S.10f.:

„Herr Prof. Dr. Maninger übergab im Rahmen seiner Anhörung ein Schreiben vom 15. September 1998, mit welchem er sich damals an das Hilfskomitee Südliches Afrika e. V.

wandte. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass er das Südafrika-Seminar vorzeitig verließ, als er feststellte, dass auch Nazis anwesend waren. Das Verhalten von einem außerordentlich großen Teil des Publikums sei ihm ‚zuwider‘, ‚beschämend und peinlich‘ gewesen. Er identifiziere sich nicht ‚mit lautem Beifall für Verschwörungstheorien und beleidigende Spinnereien eines Pseudointellektuellen.‘ Herr Prof. Dr. Maninger fügte hinzu: ‚Das Verhalten entsprach nicht meinen Vorstellungen einer seriösen Veranstaltung und daher bin ich gezwungen mich hiermit davon zu distanzieren.‘

Bewertung: Die Tatsache, dass Herr Prof. Dr. Maninger die Veranstaltung vorzeitig verließ und sich im Nachgang von dieser distanzierte, ist für ihn entlastend zu werten. Es liegen keine Erkenntnisse vor, wonach Herr Prof. Dr. Maninger In einem freiwilligen, bewussten Kontakt zu Angehörigen des NSU-Umfelds gestanden haben könnte.“

Quelle: Innenrevisionsbericht, Verwaltungsermittlungen zum Vorgang Prof. Dr. Maninger, 19.11.2021, S.10f.

**Sie hätten explizit darauf zu verweisen, dass der Mandant die Veranstaltung unter Protest verließ und sich direkt im Anschluss schriftlich von den dort anwesenden Nazis distanzierte.**

**15. Ein weiterer Redner an diesem Tag war Dr. Claus Nordbruch, der in den 1980ern aufgrund von rechtsextremen Aktivitäten aus der Bundeswehr ausgeschlossen wurde. Normalerweise ist Redner:innen von Seminaren bekannt, wer die anderen Redner:innen des Seminars sind. Davon ausgehend: Warum sind Sie bei einem Seminar aufgetreten, bei dem am selben Tag ein rechtsextremer Redner sprach?**

- Auch hier gilt: Die Veranstaltung fand in den 1990er Jahren vor der Google-Zeit statt, sodass unser Mandant keine Möglichkeit für eine schnelle Internetrecherche hatte. Es deutet sich hier eine starke Verzerrung und Dekontextualisierung in Ihrer Frage an, wenn Sie Ihr „normalerweise“ von der heutigen Zeit unreflektiert auf den Kontext von fast 30 Jahren beziehen.

Herrn Nordbruchs rechtsextremistische Vergangenheit und die hier genannten Entwicklungen bei der Bundeswehr waren unserem Mandanten nicht bekannt, auch vor dem Hintergrund, dass unser Mandant erst Ende der 1990er Jahre nach Deutschland gezogen ist.

- **Auszug aus dem Distanzierungsschreiben:**

„Dies war vor allem auch insofern außergewöhnlich bedauernswert, da die Rede des Herrn Nordbruch indirekt auf meinen Vortrag reagierte und die üblichen Latrinenparolen am rechten Rande lautstark und ohne Rücksicht auf Fakten verkündete. Sein Vortrag – ganz davon abgesehen, daß er wenig wissenschaftliche Substanz enthielt, welche den Titel gerechtfertigt hätte – beinhaltete eine Reihe von Halbwahrheiten, die auf eine Weise angeboten wurden, die darauf deuten läßt, daß Herr Nordbruch sich als politischer Unternehmer engagiert und seine eigene Weltanschauung notfalls auch auf Kosten der eigentlichen Realitäten in den Vordergrund schiebt.“

**Die Formulierung „übliche Latrinenparolen am rechten Rande“ hätten Sie wörtlich zu zitieren und die Distanzierung meines Mandanten zu erwähnen.**

**16. Als Zuhörer waren auch Ralf Wohlleben und Tino Brandt, spätere Unterstützer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), anwesend. Laut Innenrevision haben Sie sich am 15. September 1998 mit einem Schreiben an das „Hilfskomitee Südliches Afrika“ gewandt. Aus diesem Schreiben gehe hervor, dass Sie das Südafrika-Seminar vorzeitig verlassen hätten, als Sie festgestellt**

**haben sollen, "dass auch Nazis anwesend waren." Wir bitten freundlich um Übermittlung dieses Schreibens vom 15. September 1998.**

- Wir stimmen Ihnen zu, der Innenrevisionsbericht hatte sich nach umfangreicher Untersuchung eindeutig zu diesem Vorwurf geäußert. Dem ist auch heute wenig hinzuzufügen.

Dort steht auf S. 15:

*„Der Vorwurf einer gewissen Nähe zum Umfeld der NSU-Unterstützer hat sich nicht bestätigt. Das vorzeitige Verlassen des Südafrika-Seminars Im Jahr 1998 und die nachträgliche Distanzierung zu dem Teilnehmerkreis belegt sogar das Gegenteil.“*

Quelle: Innenrevisionsbericht, Verwaltungsermittlungen zum Vorgang Prof. Dr. Maninger, 19.11.2021, S.15.

Zudem heißt es im Bericht auf S.10f.:

*„Herr Prof. Dr. Maninger übergab im Rahmen seiner Anhörung ein Schreiben vom 15. September 1998, mit welchem er sich damals an das Hilfskomitee Südliches Afrika e. V. wandte. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass er das Südafrika-Seminar vorzeitig verließ, als er feststellte, dass auch Nazis anwesend waren. Das Verhalten von einem außerordentlich großen Teil des Publikums sei ihm ‚zuwider‘, ‚beschämend und peinlich‘ gewesen. Er identifiziere sich nicht ‚mit lautem Beifall für Verschwörungstheorien und beleidigende Spinnereien eines Pseudointellektuellen.‘ Herr Prof. Dr. Maninger fügte hinzu: ‚Das Verhalten entsprach nicht meinen Vorstellungen einer seriösen Veranstaltung und daher bin ich gezwungen mich hiermit davon zu distanzieren.‘*

*Bewertung: Die Tatsache, dass Herr Prof. Dr. Maninger die Veranstaltung vorzeitig verließ und sich im Nachgang von dieser distanzierte, ist für ihn entlastend zu werten. Es liegen keine Erkenntnisse vor, wonach Herr Prof. Dr. Maninger In einem freiwilligen, bewussten Kontakt zu Angehörigen des NSU-Umfelds gestanden haben könnte.“*

Quelle: Innenrevisionsbericht, Verwaltungsermittlungen zum Vorgang Prof. Dr. Maninger, 19.11.2021, S.10f.

- Unser Mandant ist als Redner zu einem Vortrag über Südafrika aufgetreten – er hatte davor keine Kenntnisse über die Anwesenheit von rechtsextremen Personen im Publikum oder auf der Bühne, ansonsten hätte er die Veranstaltung nicht besucht. Herr Nordbruch brachte sein eigenes Publikum mit und stieß erst sehr spät zu dem Seminar, als unser Mandant bereits mitten im Vortrag war und dann begannen die verbalen Übergriffe auf den Mandanten. Auch andere Teilnehmer der Veranstaltung haben daraufhin zeitgleich die Veranstaltung verlassen.
- Unser Mandant kannte dieses von Ihnen oben genannte Personenumfeld nicht und hat nie bewusst oder wissentlich mit den oben genannten Personen gesprochen.
- Aus dem Distanzierungsschreiben wird in Teilen bereits in der Antwort auf Frage 15 zitiert. Zudem heißt es weiter im Distanzierungsschreiben:

*„Das Verhalten von einem außerordentlich großen Teil des Publikums war mir zuwider und auch in Hinblick auf die anderen Gäste im Hause zutiefst beschämend und peinlich. Ich bin ein Patriot und kein Nazi. Ich identifiziere mich mit der deutschen Kultur und deren Tugenden, nicht aber mit lautem Beifall für Verschwörungstheorien und beleidigenden Spinnereien eines Pseudointellektuellen. Dies gilt auch für die jugendlichen Teilnehmer, welche das Medienbild eines ‚braunen Sumpfes‘ leider bestätigen. Das Verhalten entsprach*

nicht meinen Vorstellungen einer seriösen Veranstaltung und daher bin ich gezwungen, mich hiermit davon zu distanzieren. Die Möblierung des eigenen geistigen Wohnzimmers scheint einem großen Anteil der Mitglieder und Referenten am wichtigsten zu sein und nicht die eigentliche Sachlage in Südafrika.“

**17. Das “Hilfskomitee Südliches Afrika” wurde von einem NPD-Funktionär initiiert. Am Tag Ihrer Rede hat auch ein aus der Bundeswehr ausgeschlossener Rechtsextremist referiert. Warum waren Sie überrascht, “dass auch Nazis anwesend waren”?**

- Wir verweisen auf die Antworten zu Frage 14, 15 und 16.

**18. Sie haben 1997 in der Jungen Freiheit einen Text veröffentlicht unter dem Titel: “Der Tod ist ein Meister aus Afrika”. Das ist offensichtlich eine Anspielung auf das Gedicht “Todesfuge” von 1944/1945 des jüdischen Dichter Paul Celan, in dem er über den Holocaust schreibt: “Der Tod ist ein Meister aus Deutschland” (<https://www.lyrikline.org/de/gedichte/todesfuge-66>). Was wollten Sie der Öffentlichkeit mit dieser Anspielung sagen?**

- Diese Frage wird zusammen mit der anschließenden Frage 19 dort beantwortet.

**19. Der Holocaust gilt in der Geschichtswissenschaft als singuläres Ereignis. Ihr Titel “Der Tod ist ein Meister aus Afrika” kann als Verharmlosung der Shoah gesehen werden. Was sagen Sie dazu?**

- Der Holocaust „gilt nicht“ in der Geschichtswissenschaft als singuläres Ereignis, sondern er ist es! Das mag man in Ihrer Redaktion anders sehen. Insbesondere Herr Böhmermann ist ja mehrfach mit antisemitischen Aussetzern aufgefallen. Bekanntlich legen i.Ü. Redaktionen die Titel in Zeitungen fest, nicht die Autoren. Auch hier wurde der Titel ohne Rücksprache mit unserem Mandanten von der Redaktion festgelegt. **Darauf hätten Sie explizit hinzuweisen.** Ihr durchschaubarer und plumper Versuch, unseren Mandanten künstlich mit Antisemitismus in Verbindung zu bringen, läuft vollkommen ins Leere. Würden Sie bei unserem Mandanten auf die Inhalte anstatt auf Ihre politische Agenda schauen, dann würde Ihnen auch ein aktueller Text aufgefallen sein, bei dem unser Mandant den Angriff der Hamas auf Israel am 7.10.2023 sicherheitspolitisch analysiert, gerade um aufzuzeigen, wie in der heutigen Zeit gewaltsam gegen Juden vorgegangen wird. Gemeint ist folgender Artikel: Die Macht der Irregulären: Operation ‚Al-Aksa-Flut‘ als ‚militärische Aktion‘ der Terrormiliz Hamas, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), Jg. 62, Nr. 3, Wien 2024, S. 290-297.
- **Sie sind i.Ü. dazu verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass es sich um eine gebräuchliche Abwandlung der Textzeile handelt, wie die folgenden Beispiele aufzeigen:**

- **Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), 16.2.2025:**

„Der Tod ist ein Meister aus Russland.

Gedanken zum Tod des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny vor einem Jahr.“

<https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/545805/der-tod-ist-ein-meister-aus-russland/>

- **DIE ZEIT, 12.4.2026:**

„In Al-Faschir ist der Tod ein Meister aus Dubai.“

<https://www.zeit.de/2026/16/kriegsverbrechen-al-faschir-sudan-darfur-rsf/komplettansicht>

➤ **WELT, 7.6.2015:**

„Der Tod ist ein Meister aus Mexiko“

<https://www.welt.de/print/wams/kultur/article142062204/Der-Tod-ist-ein-Meister-aus-Mexiko.html>

➤ **SZ – Süddeutsche Zeitung, 27.12.2025:**

„Demonstranten halten ein Schwarz-Weiß-Foto von Armin Papperger hoch, daneben steht: ‚Krieg beginnt bei mir.‘ Auf einem anderen Plakat: ‚Frieden verunsichert Investoren.‘ Oder: ‚Der Tod ist ein Meister aus Düsseldorf.‘ Der Tod aus Düsseldorf also? Das Bündnis ‚Rheinmetall Entwaffnen‘ hat in einem im Netz veröffentlichten Video eine ganz eigene Sicht auf das, was gerade in der Welt passiert. Und was sagt Rheinmetall-Chef Papperger dazu? ‚Das regt mich nicht auf, das ist Demokratie.‘ Man müsse ja ‚nicht alles ernst nehmen.‘“

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rheinmetall-armin-papperger-geopolitik-ruestungsindustrie-duesseldorf-li.3335552>

➤ **Schweizer Regionalzeitung: Linth-Zeitung, 15.10.2023:**

„Der Tod ist ein Meister aus Gaza“

<https://www.linthzeitung.ch/blogs/masueger-sagts/der-tod-ist-ein-meister-aus-gaza>

➤ **DIE ZEIT, 3.12.1993:**

„Man kann das Buch drehen und wenden, wie man will, jedes beliebige Detail in Augenschein nehmen, es kommt immer wieder dasselbe heraus. Hier wird nicht Geschichte geschrieben, sondern an einer Ideologie gestrickt. Deren Botschaft: Der Tod ist ein Meister aus Amerika.“

<https://www.zeit.de/1993/49/nolte-mortale>

➤ **FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.4.2022:**

„Immer wieder kommen schlimme Fluchterlebnisse zur Sprache. Denkt er zurück an eine Nacht auf dem Mittelmeer, wird Paul Celan verarbeitet: ‚der Tod ist ein Meister aus Europa.‘“

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/elyas-jamalzadehs-buch-freitag-ist-ein-guter-tag-zum-fluechten-17942488.html>

➤ **TAZ, 18.1.1991**

„Während der Fahrt brennt und pikert die Band jedem, der mitfährt (zuhört), ihr Zeichen auf den Arsch, und das ist immer wieder der gleiche blütenweiße Schädel. Der Tod ist ein Meister aus Schweden.“

<https://taz.de/Stillborn-und-HPZinker/!1736802/>

➤ **Münchener Abendzeitung, 19.8.2022:**

„Salzburger Festspiele:

Der Tod ist ein Meister aus Russland“

<https://www.abendzeitung-muenchen.de/kultur/musik/salzburger-festspiele-der-tod-ist-ein-meister-aus-russland-art-837478>

➤ **KLEINE ZEITUNG, 30.7.2023:**

„Der Tod ist ein Meister aus Schottland: Operntriumph in Salzburg“

[https://www.kleinezeitung.at/home/6310797/Premierenkritik-von-den-Salzburger-Festspielen\\_Der-Tod-ist-ein](https://www.kleinezeitung.at/home/6310797/Premierenkritik-von-den-Salzburger-Festspielen_Der-Tod-ist-ein)

➤ **FAZ, 15.4.2023:**

„Der Tod ist ein Meister aus Detmold“

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/warschauer-ghetto-ein-beamter-verantwortete-den-massenmord-18814990.html>

➤ **Tagesspiegel, 6.10.2004:**

„Kultur: Der Tod ist ein Meister aus Beirut“

<https://www.tagesspiegel.de/kultur/der-tod-ist-ein-meister-aus-beirut-1160065.html>

➤ **ZEIT, 14.6.2024:**

„Der Tod ist ein Meister aus Oberndorf“

<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2024-06/waffenstadt-oberndorf-heckler-und-koch-baden-wuerttemberg-waffen-zeitenwende/komplettansicht>

➤ **NZZ, 18.5.2008:**

„Der Tod ist ein Meister aus Spanien“

[https://www.nzz.ch/der\\_tod\\_ist\\_ein\\_meister\\_aus\\_spanien-ld.1262888](https://www.nzz.ch/der_tod_ist_ein_meister_aus_spanien-ld.1262888)

➤ **DIE PRESSE, 25.4.2020:**

„Der Tod ist ein Meister aus Holland“

<https://www.diepresse.com/5805404/der-tod-ist-ein-meister-aus-holland>

➤ **AG Friedensforschung der Uni Kassel, 2015:**

„Der Tod ist ein Meister aus Düsseldorf – und aus Berlin“

<https://www.ag-friedensforschung.de/bewegung1/ostermarsch2015/graesslin.html>

➤ **Münchener Friedensbündnis, 23.11.2018:**

„Der Tod ist ein Meister aus München“

<https://muenchner-friedensbuendnis.de/node/1594>

➤ **Badische Zeitung, 7.7.2017:**

„Der Tod ist ein Meister aus Baden-Württemberg“

<https://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/der-tod-ist-ein-meister-aus-baden-wuerttemberg--138996476.html>

➤ **DER FREITAG, 14.10.2023:**

„Auch seine Verse wurden ein Bestandteil dieser Identität, er war ein Barde der kollektiven Wunde und ein Chroniker des Krieges; seine Kolumnen, die er zwischen April 1992 und Juni 1994 geschrieben hat, veröffentlichte er 2003 in einem Sammelband mit dem Titel Der Tod ist ein Meister aus Serbien.“

<https://www.freitag.de/autoren/alida-bremer/tijan-silas-radio-sarajevo-ich-tue-so-als-gaebe-es-mich>

➤ **DER FREITAG, 28.7.2020:**

„Der Tod ist ein Meister aus Kärnten, genau genommen eine Meisterin – die Teadin.“

<https://www.freitag.de/autoren/karsten-krampitz/ist-still-am-see>

➤ **Buchtitel von Johannes Sachslehner, 2008:**

„Der Tod ist ein Meister aus Wien:

*Leben und Taten des Amon Leopold Göth: Leben und Taten des Amon Leopold Göth. Die Geschichte des KZ-Kommandanten aus "Schindlers Liste"*

<https://www.amazon.de/Tod-ist-ein-Meister-Wien/dp/322213233X>

➤ **Kunstwerk Ulm, 2021:**

„Ausstellung:

„Der Tod ist ein Meister aus Ulm“

<http://www.kunstwerk-ulm.de/events/ausstellung-der-tod-ist-ein-meister-aus-ulm/>

**20. Sie haben den “Verein für Staatspolitik e.V.” mitgegründet, den Trägerverein des “Instituts für Staatspolitik” (IFS). Zu welchem Zweck?**

- Auch dieser Sachverhalt ist bereits im Abschlussbericht der Innenrevision ausermittelt. Unser Mandant hatte die Gründung einen konservativ-liberalen Think-Thanks im Sinn.
- Im Innenrevisionsbericht heißt es:

„Feststellungen:

*Ausweislich der Chronik des Instituts für Staatspolitik (IFS) erfolgte die Gründung im Mai 2000. Die Chronik weist für das Jahr 2000 zwei und für das Jahr 2001 fünf Veranstaltungen aus. Unter den dort jeweils angeführten Dozenten wird Herr Prof. Dr. Maninger nicht genannt.<sup>1</sup> Unstrittig ist, dass Herr Prof. Dr. Maninger an der .Gründungsveranstaltung teilgenommen hat. Belegt ist, dass Herr Prof. Dr. Maninger gem. Protokoll der Vorstandssitzung vom 15. Dezember 2001- an der er selbst nicht (mehr) teilnahm – spätestens zu diesem Zeitpunkt ausgetreten ist.<sup>2</sup> Zu seinem Austritt erklärte er, dass es ursprünglich eine gemeinsame Erwartungshaltung gegeben, diese sich aber auseinanderentwickelt habe. Herr Prof. Dr. Maninger betonte in seiner Anhörung, dass seinerzeit ein Verein gegründet wurde. Dies deckt sich mit dem vorgenannten Protokoll, wonach „die Gemeinnützigkeit noch nicht geklärt sei“. Herr Prof. Dr. Maninger fügte hinzu, dass es sich bei den Teilnehmern der Veranstaltung des IFS im Jahr 2000 um einen angesehenen, politisch renommierten Personenkreis handelte. Hierzu führte er als Beispiel die Teilnehmer Prof. Dr. Reinhart Maurer (Philosoph),<sup>3</sup> Prof. Dr. Alexander Schuller (Medizinsoziologe)<sup>4</sup> an. Abschließend gab Herr Prof. Dr. Maninger an, dass er während des Beobachtungszeitraums des IFS durch den Verfassungsschutz weder einen organisatorischen noch einen anderen Austausch zum IFS hatte.*

Bewertung:

*Unstrittig ist, dass Herr Prof. Dr. Maninger an der Gründung des IFS, bzw. des Vereins im Jahr 2000 beteiligt war und im Jahr 2001 wieder austrat. Erkenntnisse, wonach es im IFS bereits zu diesem Zeitpunkt extremistische Bestrebungen oder rassistische Sichtweisen gegeben haben könnte, liegen nicht vor.“ (S. 8f.)*

Quelle: Innenrevisionsbericht, Verwaltungsermittlungen zum Vorgang Prof. Dr. Maninger, 19.11.2021, S.8f.

*„Seine Rolle in der „Afrikaaner Volksfront“ und die Mitgründung des Instituts für Staatspolitik werden nach den hier vorliegenden Erkenntnissen als unkritisch bewertet. Insbesondere vor dem Hintergrund des zeitnahen Austritts aus dem Institut für Staatspolitik.“*

Quelle: Innenrevisionsbericht, Verwaltungsermittlungen zum Vorgang Prof. Dr. Maninger, 19.11.2021, S.15.

- Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass der Verein vor einem Vierteljahrhundert ein völlig anderer war als heute: ihm gehörten damals in den Anfangsjahren viele prominente Konservative an, die in jeder Hinsicht als ‚unbefleckt‘ gelten, u.a. der frühere Kanzlerberater Erich Vad oder Arnulf Baring. Zudem ist unser Mandant bereits 2001 nach nur wenigen Monaten wieder aus dem Trägerverein ausgetreten, also gut zwei Jahrzehnte vor der verfassungsschutzbehördlichen Einstufung als Verdachtsfall im Jahr 2020.

**21. Woher kennen Sie Götz Kubitschek?**

- Vermutlich wurde unser Mandant von Kubitschek für ein Interview angefragt.

**22. Wann haben Sie sich organisatorisch aus dem IfS bzw. aus dem Trägerverein zurückgezogen?**

**23. Wann waren Sie das letzte Mal innerhalb des IfS inhaltlich involviert?**

**24. Wann haben Sie sich das letzte Mal mit Funktionär:innen des IfS getroffen?**

- Die einzige und letzte organisatorische Handlung war die Gründungsveranstaltung des „Verein für Staatspolitik e.V.“ 2000 und die dort kurzweilige Übernahme (auf Zuruf) der Leitung der Gründungsveranstaltung nur während der Abstimmungsphase.

- Der Austrittszeitpunkt findet sich bereits im Innenrevisionsbericht:

*„Belegt ist, dass Herr Prof. Dr. Maninger gem. Protokoll der Vorstandssitzung vom 15. Dezember 2001- an der er selbst nicht (mehr) teilnahm – spätestens zu diesem Zeitpunkt ausgetreten ist.<sup>2</sup> Zu seinem Austritt erklärte er, dass es ursprünglich eine gemeinsame Erwartungshaltung gegeben, diese sich aber auseinanderentwickelt habe.“ [...]*

*„Abschließend gab Herr Prof. Dr. Maninger an, dass er während des Beobachtungszeitraums des IFS durch den Verfassungsschutz weder einen organisatorischen noch einen anderen Austausch zum IFS hatte.“*

**Bewertung:**

*Unstrittig ist, dass Herr Prof. Dr. Maninger an der Gründung des IFS, bzw. des Vereins im Jahr 2000 beteiligt war und im Jahr 2001 wieder austrat. Erkenntnisse, wonach es im IFS bereits zu diesem Zeitpunkt extremistische Bestrebungen oder rassistische Sichtweisen gegeben haben könnte, liegen nicht vor.“*

Quelle: Innenrevisionsbericht, Verwaltungsermittlungen zum Vorgang Prof. Dr. Maninger, 19.11.2021, S.8f.

- 25. Das IfS wurde 2023 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft. Auch 2001, also kurz nach Ihrer Mitgründung, schreibt der Verfassungsschutz NRW (<https://verfassungsschutzberichte.de/nordrhein-westfalen/2001>): „Ziel des IfS ist die Bildung ‚geistiger Eliten‘. Das IfS baute im Jahr 2001 seine Aktivitäten mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, die teilweise konspirativ vorbereitet wurden, weiter aus und veröffentlichte einige Broschüren. Darin wurde auch auf antidemokratische Ideologen, insbesondere solche der „Konservativen Revolution“, rekurriert und versucht, deren staatsphilosophische Erklärungsmuster weiterzuentwickeln.“ Die Protagonisten der „Konservativen Revolution“ gelten als die „geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus“ (<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/wegbereiter>).**

**Warum wollte das von Ihnen mitbegründete Institut diese Erklärungsmuster weiterentwickeln?**

- Die von Ihnen zitierte Bewertung durch LfV NRW bezieht sich auf das IfS und nicht auf den Trägerverein „Verein für Staatspolitik e.V.“. Wie bereits erwähnt: Aufgrund unterschiedlicher Erwartungshaltungen ist unser Mandant aus dem Verein im Jahr 2001 – dem Jahr des von Ihnen zitierten Abschnittes – ausgetreten. Dies ist mehrfach behördlich bestätigt - Vgl. u.a. Innenrevisionsbericht.
- Die Nennung des IfS im o.g. Verfassungsschutzbericht NRW 2001 (Link oben) ist dort i.Ü. nur im Kontext des Kapitel "5.1 Die Junge Freiheit (JF)" ab S. 93 erfolgt. Als Unterpunkt zu "5.1 Junge Freiheit (JF)" erfolgt dann die Erwähnung des IfS auf S. 95. Dort heißt es auch entsprechend: "Als Teil des 'Projektes 'Junge Freiheit' muss auch das 'Institut für Staatspolitik' (IfS) gewertet werden, das im Jahr 2000 durch Personen aus dem engsten JF-Umfeld gegründet wurde." Bekanntlich stellte sich die Nennung der JF später – gerichtlich rechtskräftig entschieden – als rechtswidrig heraus. Gleiches gilt somit für das IfS zu diesem Zeitpunkt. **Hierauf hätten Sie ausdrücklich hinzuweisen und dürften es keinesfalls verschweigen.**
- Weitere Informationen hierzu finden sich in der Antwort auf die Fragen 20 und 22.

**26. Ist es zutreffend, dass Sie seit September 2001 Beamter sind?**

- Nein, Ihre Information ist unzutreffend – erst etliche Jahre später erfolgte die Verbeamtung. Es gibt keinen zeitlichen Zusammenhang, den Sie hier unterstellen. Darüber hinaus gilt: Personenbezogene Daten zu unserem Mandanten werden von uns grundsätzlich nicht herausgeben.

**27. Haben Sie Ihren Dienstherrn darüber informiert, dass Sie sich kurz davor mit der Gründung des Instituts für Staatspolitik politisch engagiert haben?**

- Siehe Antwort Frage 26.

**28. Im Intranet der Bundespolizei wird über Ihre Rede vom 18. November 2016 beim "Führungskräftetraining" der Bundespolizei geschrieben: *"Wie komplex die veränderte Sicherheitslage auch mit der Migrationskrise zusammenhängt, zeigte Oberregierungsrat Dr. Stephan Maninger von der Bundespolizeiakademie anschaulich. Mit seinen Thesen***

- *Durch die Massenmigration wurde ein Konflikt nach Deutschland getragen*
  - *dieser entfaltet eine nachhaltig destabilisierende Wirkung*
  - *es entsteht ein Anpassungsdruck auf Gesetzgeber und Sicherheitsarchitektur*
- erreichte Dr. Maninger die Führungskräfte nicht nur durch seine wissenschaftliche Betrachtung, sondern auch durch seine unterhaltsame Präsentation. So blieb auch diese lockere Aussage mit ernstem Hintergrund im Raume stehen: 'Sie verlieren zwar ihre Pässe, aber nie ihre Smartphones'". Ist dieser Bericht der Bundespolizei über Ihren Vortrag zutreffend?**

- Der Mandant verweist darauf, dass jede einzelne dieser drei sicherheitspolitischen Thesen unbestreitbar korrekt ist. Wir empfehlen Ihnen hier: „Follow the science“ und nicht „follow your dreams“:

- Einschätzungen zur potentiell höheren Konflikthanfälligkeit gehören zum Basiswissen in der Fachwelt:
  - Prof. Heckmann (2024) beschreibt:
 

*„Die bloße Existenz ethnischer Minderheiten ist nicht quasi »automatisch« gleichbedeutend mit Konflikt, aber unter bestimmten Bedingungen fördert sie die Wahrscheinlichkeit ethnischer Konflikte, die nach historischer Erfahrung zu den leidenschaftlichsten und gewalttätigsten Konflikten gehören. [...] Über die Konflikte zwischen ethnischen Gruppen kann knapp festgestellt werden: »Die Gefahr ethnischer Konflikte ist besonders dann gegeben, wenn drei Merkmale gleichzeitig auftreten: Machtunterschiede zwischen den Gruppen (d.h. ethnische Schichtung, FH), eine Ideologie des Ethnozentrismus und Konkurrenz der Gruppen um knappe Güter« (Esser 1991, 43). Die ersten beiden Bedingungen sind fast immer in multi-ethnischen Gesellschaften gegeben. Die Konkurrenz der Gruppen um knappe Güter ist ebenfalls ein »normales« Phänomen, sie verschärft sich aber und erhöht die Gefahr ethnischer Konflikte in sozialökonomischen Krisensituationen und bei kapazitätsüberschreitender Zuwanderung.“<sup>[7]</sup>*
  - Löffler (2020)

*„Kennzeichen von Einwanderungsgesellschaften sind Wertekonflikte. Der harmonisierende Multikulturalismus verdrängt die Tatsache, dass Einwanderer nicht nur unterschiedliche oder gar gegensätzliche Werte mitbringen, die zu Konflikten mit der Aufnahmegesellschaft führen, sondern auch ihre eigenen Konflikte importieren. Dabei haben die multikulturalistischen Vorkämpfer Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid die Kehrseiten der multikulturellen Gesellschaft schon 1992 thematisiert: Es „irrt, wer meint, die multikulturelle Gesellschaft wäre eine harmonische Gesellschaft“ (Cohn-Bendit & Schmid 1992, S. 12). Das Gegenteil ist der Fall. Jedenfalls empirisch betrachtet. Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften sind im Vergleich zu ethnisch und kulturell homogenen Gesellschaften ausgesprochene Konfliktgesellschaften.“<sup>[8]</sup>*
  - Wolfgang Merkel (2016):
 

*„Kulturell homogene Gesellschaften sind leichter zu regieren. Heterogene Gesellschaften tendieren dazu, ethnische Konfliktlinien zu ziehen, sich in Subkulturen zu fragmentieren, eigene Zivil- und Parallelgesellschaften auszubilden und die Akkumulation von inklusiven Sozialkapital zu reduzieren. Das klingt beunruhigend, weil heterogene Gesellschaften unsere Zukunft sein werden und manche ihrer Aspekte auch ausgesprochen positiv sein können wie kulturelle Vielfalt, wirtschaftliche und soziale Kreativität sowie die Einübung von Toleranz gegenüber dem Anderen. Empirisch kann die Forschung zum Sozialkapital folgendes zeigen: je größer die sozioökonomische und die ethnisch-religiöse Ungleichheit, umso geringer das wechselseitige Vertrauen der Bürger untereinander.“<sup>[9]</sup>*
  - Frank Schimmelfennig (2013) schreibt beispielsweise:

<sup>[7]</sup> Heckmann, Friedrich, *Einwanderung mit Zukunft. Neue Nationsbildung in Deutschland statt Minderheitengesellschaft*, Frankfurt 2024, S.198.

<sup>[8]</sup> Löffler, Berthold, *Der Riss durch Europa. Kollision zweier Wertesysteme*, Stuttgart, 2020, S.39.

<sup>[9]</sup> Merkel, Wolfgang, *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Wirtschaft, Kultur und Diskurs: Die SPD in der Kosmopolitismus-Falle*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB, 1.2.2016.

<https://democracy.blog.wzb.eu/2016/02/01/gesellschaftlicher-zusammenhalt-wirtschaft-kultur-und-diskurs-die-spd-in-der-kosmopolitismus-falle/#more-1951>

„Es stellt sich also die grundlegende Frage nach der Überlebensfähigkeit der Demokratie in ethnisch gespaltenen Gesellschaften. Die bisherigen Ausführungen sollten gezeigt haben, dass sich die Demokratie in multi-ethnischen Gesellschaften zusätzlichen Schwierigkeiten gegenüber sieht.“<sup>[10]</sup>

- Zum Zitat „Sie verlieren zwar ihre Pässe, aber nie ihre Smartphones“ vgl. nachfolgende Antwort auf Frage 29.

**29. “Sie verlieren zwar ihre Pässe, aber nie ihre Smartphones”: Die Formulierung unterstellt Geflüchteten pauschal eine Täuschungsabsicht. Wie vereinbaren Sie eine solche Aussage mit dem Sachlichkeits- und Mäßigungsgebot für Beamte (§ 60 BBG)?**

- Die Formulierung „pauschal“ ist eine sachgrundlose Generalisierung Ihrerseits, die ausdrücklich zurückgewiesen wird. Was unser Mandant – anders als von Ihnen unterstellt – tatsächlich gesagt hat, ist unbestreitbar korrekt und publizistisches Allgemeingut, **worauf Sie explizit hinzuweisen hätten, anstatt so zu tun, als vertrete unser Mandant hier eine abseitige Mindermeinung:**

➤ **DW – Deutsche Welle, 31.8.2017:**

„60 Prozent aller Asylbewerber haben keine Ausweispapiere dabei, wenn sie in Deutschland ankommen - aber fast alle haben ein Handy.“

<https://www.dw.com/de/fl%C3%BCchtlinge-das-handy-als-personalausweis/a-40314367>

➤ **WELT, 18.1.2019:**

„Wenn wir auf die Erfüllung der Passpflicht aus humanitären Gründen verzichten und Identität und Nationalität auch nicht durch andere, aussagekräftige Dokumente glaubhaft gemacht werden können, müssen wir wenigstens die Möglichkeit haben, die Handys auszulesen, um die Angaben des Antragstellers zu überprüfen. Auch wenn den meisten der Pass fehlt, ein Smartphone haben fast alle.“

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article161264327/BAMF-prueft-Handys-von-papierlosen-Asylbewerbern-nicht.html>

➤ **FOCUS, 21.12.2016:**

„Bosbach forderte eine Rückkehr zur gesetzlich verankerten Drittstaatenregelung und bezweifelte offen, dass Flüchtlingen die Pässe tatsächlich abhanden kommen:

„Sind Sie sicher, dass die alle ihre Papiere verlieren? Es ist doch wirklich interessant, fast alle haben ihr Smartphone dabei, aber alle verlieren unterwegs ihre Pässe. Das mag in dem ein oder anderen Fall tatsächlich so gewesen sein, aber, dass 50, 60, 70 Prozent ihre Pässe verlieren, obwohl sie sich auf die Reise machen und wissen, welche Bedeutung diese Papiere zum Identitätsnachweis haben, Entschuldigung, das glaube ich nicht.“

[https://www.focus.de/politik/deutschland/cdu-innenexperte-bosbach-ich-glaube-nicht-dass-alle-fluechtlinge-ihre-paesse-verlieren\\_id\\_6386492.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/cdu-innenexperte-bosbach-ich-glaube-nicht-dass-alle-fluechtlinge-ihre-paesse-verlieren_id_6386492.html)

➤ **Deutsche Welle, 20.2.2017:**

---

<sup>[10]</sup> Schimmelfennig, Frank; Vogt, Manuel; (2013) Staat und Volk – was sonst? In: Kriesi, Hanspeter and Müller, Lars, (eds.) Herausforderung Demokratie. NCCR Democracy and Lars Müller Publishers: Zürich, Switzerland.

„Viel komplizierter ist es hingegen, Afghanen oder Flüchtlinge aus dem Maghreb abzuschieben, die ihre Papiere vernichtet haben. [...] So müssen Flüchtlinge, die ihre Identität verschleiern, damit rechnen, dass die deutschen Behörden ihr Mobiltelefon konfiszieren und die Kontakte überprüfen. Wer Schutz in Deutschland wolle, müsse Namen und Herkunft korrekt angeben. "Das ist nicht zu viel verlangt", sagte de Maizière. Er spreche von jenen Flüchtlingen, deren Pass beim Überqueren des Mittelmeers angeblich ins Wasser gefallen sei, das Smartphone aber erstaunlicherweise nicht.“

<https://www.dw.com/de/mehr-h%C3%A4rte-bei-abschiebungen-aus-deutschland/a-37643010>

➤ **FOCUS, Kommentar von Ulrich Reitz,**

„Die große Mehrheit der Bürger hat längst verstanden, dass Deutschland sich von einigen Migranten an der Nase herumführen lässt. Sie nutzen unsere Großzügigkeit, den guten Willen, die Bereitschaft zur Humanität, kalt kalkulierend aus. Sie werfen ihre Pässe weg. Niemals kämen sie auf den Gedanken, ihr Handy wegzuwerfen.“

[https://www.focus.de/politik/meinung/ein-kommentar-von-ulrich-reitz-ampel-lehnt-echte-asyl-reformen-ab-und-saegt-weiter-an-ihrem-eigenen-stuhl\\_id\\_260300737.html](https://www.focus.de/politik/meinung/ein-kommentar-von-ulrich-reitz-ampel-lehnt-echte-asyl-reformen-ab-und-saegt-weiter-an-ihrem-eigenen-stuhl_id_260300737.html)

➤ **Tagesschau, 30.12.2015:**

„Viele nach Deutschland gekommene Flüchtlinge konnten den Behörden keine Ausweisdokumente vorlegen. Einige haben ihren Pass bei der Flucht verloren, andere warfen ihn offenbar vor dem Grenzübertritt weg, um ihr Herkunftsland zu verschleiern. Zudem können politisch Verfolgte und Menschen in einem Bürgerkriegsland oft bei den zuständigen Behörden in ihrer Heimat kein Reisedokument beantragen.“

<https://www.tagesschau.de/inland/rechtslage-pass-fluechtlinge-101.html>

➤ **Fokus, 15.3.2016:**

„Immer mehr Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, können den Behörden keine Ausweisdokumente vorlegen. Einige haben ihren Pass bei der Flucht – angeblich – verloren oder mussten ihn bei kriminellen Schleusern abgeben. Andere warfen ihn vor dem Grenzübertritt weg, um ihr Herkunftsland zu verschleiern. Manche haben noch nie einen Ausweis besessen oder konnten sich wegen Bürgerkriegen oder nicht funktionierender Verwaltungen in ihrer Heimat keinen besorgen.“

[https://www.focus.de/politik/neue-asyl-zahlen-fast-75-000-fluechtlinge-kamen-ohne-pass\\_7b111528-51bc-47fe-a61e-ae4a2e02ca1c.html](https://www.focus.de/politik/neue-asyl-zahlen-fast-75-000-fluechtlinge-kamen-ohne-pass_7b111528-51bc-47fe-a61e-ae4a2e02ca1c.html)

➤ **BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:**

„Im Kontext Zuwanderung sehen sich deutsche Behörden jedoch auch mit Personen konfrontiert, die bewusst versuchen ihre wahre Identität zu verschleiern, z.B. um einen eventuellen kriminellen oder extremistischen Hintergrund zu verbergen, oder um die Chancen auf die Zuerkennung eines Schutzstatus in Deutschland zu verbessern. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, werden die Mitarbeitenden des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Rahmen des Identitätsmanagements durch verschiedene digitale Assistenzsysteme unterstützt.“

<https://www.bamf.de/DE/Themen/Sicherheit/Identitaetsmanagement/identitaetsmanagement-node.html>

➤ **Deutschlandfunk, 17.1.2016:**

„Die schmeißen ihren Pass weg“

Was die Durchsetzung vermehrter Abschiebungen angeht, trägt Parteichef Gabriel auch frische Eindrücke aus einer Begegnung mit dem algerischen Regierungschef bei: „Es war relativ schwierig, ihm gegenüber durchzusetzen, dass ein Land wie Algerien abgelehnte Asylbewerber – jetzt mal ganz völlig egal, ob sie straffällig sind oder nicht – dann zurücknimmt, wenn ihr Asylantrag hier abgelehnt ist. Die schmeißen ihren Pass weg, und Länder wie Algerien und Marokko sagen dann, das sind nicht ihre Bürger.“

<https://www.deutschlandfunk.de/spd-vorstandsklausur-antworten-im-windschatten-100.html>

➤ **Stern, 3.9.2016:**

„Seit Kurzem denken die meisten von ihnen, es tatsächlich bis ins Land ihrer Träume schaffen zu können. Denn am 25. August hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über Twitter mitgeteilt, dass Flüchtlinge aus Syrien ab sofort auch ohne Registrierung in Deutschland Asyl beantragen können. Die Botschaft verbreitet sich über die Handys der Flüchtlinge schnell. Jetzt will sich erst recht niemand mehr in Ungarn registrieren lassen. Viele werfen ihre Pässe weg. Ab jetzt sind alle Syrer. „Dieser Tweet war eine Katastrophe“, wird einer von Merkels Leuten Wochen später sagen. „Faktisch eine Einladung.“

<https://www.stern.de/politik/deutschland/angela-merkels-alleingang-in-der-fluechtlingspolitik-und-seine-folgen-7033820.html>

➤ **TAGESSPIEGEL, Interview mit dem damal. Innenminister De Maizière, 13.9.2015:**

„Wenn ein Zug aus München von Flüchtlingen mit der Notbremse gestoppt wird, weil sie nicht dorthin wollen, wo man sie erwartet, dann ist das nicht akzeptabel. Wenn sich Flüchtlinge weigern, in einem Ort aus dem Bus zu steigen, in dem sich Helfer Mühe geben, sie aufzunehmen, dann ist das nicht in Ordnung. Genauso wenig ist es in Ordnung, seinen Pass wegzuwerfen und zu behaupten, man komme aus Syrien, obwohl das nicht stimmt. Das kommt leider immer wieder vor. Und ich sage: Das geht nicht.“

<https://www.tagesspiegel.de/politik/thomas-de-maiziere-wir-durfen-dem-morden-nicht-weiter-zusehen-4428370.html>

➤ **SZ – Süddeutsche Zeitung, Kommentar von Wolfgang Krach, 30.1.2016:**

„Hunderttausende Menschen sind seitdem nach Deutschland gekommen. Ihnen ist nicht zu verdenken, dass sie geflohen sind - vor Krieg, Verfolgung oder Armut. Aber viele von ihnen haben unterwegs ihre Pässe vernichtet, damit man nicht weiß, woher sie stammen - in der Hoffnung, dann eher in Deutschland bleiben zu können. Etliche haben sich mehrere Identitäten zugelegt, um vielleicht doppelt Sozialhilfe zu kassieren.“

<https://www.sueddeutsche.de/politik/angela-merkel-die-fluechtlings-kanzlerin-ist-vielen-fremd-geworden-1.2840302>

➤ **TAZ, 15.2.2019**

„Dass Menschen keinen Pass mehr haben, hat ganz unterschiedliche Gründe. Manche schmeißen ihre Papiere freiwillig bei der Überfahrt nach Europa über Bord, andere werden beklaut oder verlieren sie auf der Flucht. Einige hatten nie Papiere. „Es ist auch glaubwürdig, wenn Geflüchtete berichten, dass Schlepper die Pässe eingesammelt haben“, sagt Kai Weber vom niedersächsischen Flüchtlingsrat.“

<https://taz.de/Identitaetsnachweis-fuer-Gefluechtete!/5570688/>

**30. Der Wikipedia-User “Miles.world” hat am 26. Juni 2018 beantragt, den Wikipedia-Artikel “Stephan Maninger” zu löschen. Der User schreibt: “Die Person Stephan Maninger ist an mich heran getreten und möchte den Artikel über sich selbst aus persönlichen Gründen gelöscht haben. Es wurde keine Zustimmung zur Datenverarbeitung eingeholt, es besteht kein Recht auf Verarbeitung der Daten und er beruft sich auf das Recht auf Vergessenwerden, zur vollständigen Löschung”. Ist es zutreffend, dass Sie um die Löschung Ihres Wikipedia-Artikels gebeten haben?**

- Der Wikipedia-Eintrag entstand ohne das Einverständnis unseres Mandanten. Unser Mandant hatte schon 2016 die Löschung der Wikipedia-Seite beantragt.
- Wie bereits in einem WELT-Artikel (<https://www.welt.de/vermischtes/article690490bfa6bc3e9242fc7e80/ausgewiesen-er-rechtsextremist-wie-ein-professor-der-polizeiakademie-um-seinen-ruf-kaempft.html>) zu lesen ist, gab es bereits mehrfach Vandalisierungen der Wikipedia-Seite unseres Mandanten. Auch weil Ihre Quelle – Aiko Kempen – indirekt genau dazu aufgerufen hatte. Eine datenforensische Analyse kam übrigens zu dem Ergebnis, dass viele negative Veränderungen bei Wikipedia einer Person aus Gelsenkirchen zuzuordnen sind, die auch oft im Netz der Deutschen Bahn aktiv ist. Ihre Quelle, der entlassene ehemalige Kollege, ein frustrierter Bahnfahrer aus Gelsenkirchen, kennt diesen User bestimmt.
- In diesem Kontext ist auch die Vandalisierung durch einen Nutzer „Padre7064“ zu nennen, der aus diesem Grund bereits dauerhaft bei Wikipedia gesperrt wurde. <https://de.wikipedia.org/wiki/Spezial:Beiträge/Padre7064>

**31. Unter <https://hsbund.de/lehre/hochschullehrende> werden “alle Lehrenden” der Hochschule des Bundes alphabetisch aufgelistet. Ihr Name fehlt in der Liste der über 300 Lehrenden der Hochschule des Bundes. Haben Sie sich dafür eingesetzt, dass Ihr Name auf der Website nicht erscheint? Falls ja, warum?**

- Wird mit Frage 32 beantwortet.

**32. Unter <https://hsbund.de/hochschule/fachbereiche/-/zentraler-lehrbereich/bundespolizei#> werden Lehrende des Fachbereichs Bundespolizei alphabetisch aufgelistet. Ihr Name fehlt auch in dieser Liste. Haben Sie sich dafür eingesetzt, dass Ihr Name in dieser Liste nicht erscheint? Falls ja, warum?**

- Sie liegen falsch in der Annahme, dass alle Dozenten in dieser Liste aufgeführt sind. Weder die Liste der Lehrenden des Fachbereichs Bundespolizei, noch die Liste der Lehrenden an der HS Bund aus Ihrer Frage 21 ist auch nur im Ansatz vollständig. Allein am Fachbereich Bundespolizei finden sich nur 25 von insg. 75 Dozenten auf der Liste.
- Unser Mandant hat keine Profilneurose. Jeder Dozent kann frei entscheiden, ob er seinen Namen auf der Internetseite der HS Bund stehen haben möchte. Unser Mandant hat sich dagegen entschieden. Damit ist er in guter Gesellschaft: Insg. haben sich 2/3 der Dozenten im Fachbereich BPol gegen eine Veröffentlichung ihres Namens auf der Internetseite gestellt.

**33. Wollen Sie Professor auf Lebenszeit an der Bundespolizeiakademie werden? Falls ja, wann fällt die Entscheidung dazu?**

- Hier müssen wir Sie erneut korrigieren: An der Bundespolizeiakademie gibt es keine Professuren, sondern nur an der Hochschule. Unser Mandant ist Professor an der HS Bund (Hochschule des Bundes) im Fachbereich Bundespolizei in Lübeck, welcher der Bundespolizeiakademie in Lübeck angegliedert ist.

Falls Sie sich über die Forschung am Fachbereich informieren wollen, könnte Ihnen folgendes Buch der Kampagnenakteure Möllers und van Ooyen helfen: „Bundespolizei 3: Studium und Forschung am Fachbereich Bundespolizei“ Link:

<https://www.amazon.de/Bundespolizei-Fachbereich-öffentliche-Sicherheit-Sonderbände/dp/386676894X>

- Ein Datum einer Entfristungsentscheidung entzieht sich unserer Kenntnis.

### **34. Vertreten Sie seit zweieinhalb Jahrzehnten beständig ein rassistisches Weltbild?**

- Nein und auch zu keinem anderen Zeitpunkt, da ein rassistisches Weltbild im fundamentalen Widerspruch zu den Wertvorstellungen unseres Mandanten steht. Siehe dazu Antwort auf Frage 4.
- Darüber hinaus weisen wir hierzu auf die Replik zu einer „Studie“ von Lemke/Peters hin, welche sich auf der Homepage unseres Mandanten findet. Wir nehmen an, dass nicht nur die „Studie“ die Grundlage der falschen Verdächtigung in Ihrer Frage ist, sondern Lemke eben auch die Quelle in Ihrer Kampagnenaktivität gegen unseren Mandanten.

#### **Auszug aus der Replik, hier zum Vorwurf Rassismus:**

„Lemke und Peters verwenden die Begriffe „*Rassismus*“ bzw. „*rassistisch*“ 18-mal in ihrer „Studie“. Sie vermischen dabei die Begriffe willkürlich, um z.B. die Verwendung von „Kultur“ oder „Ethnie“ mit Rassismus gleichzusetzen. Ein so weiter „Rassebegriff“ würde konsequenterweise der ethnischen Herkunft und damit kultureller Prägung also keine eigenständige Bedeutung belassen, sondern die beschriebenen Gruppen lediglich biologisch unter vermeintlichen „Rassen“<sup>[11]</sup> subsumieren.

Kritiker einer solchen Vorgehensweise finden sich beispielsweise unter Historikern wie George Fredrickson, der die Notwendigkeit einer Trennung der Begriffe als „*zentral*“ beschreibt.<sup>[12]</sup> Christopher Bratt gibt sowohl den faktischen Unterschied und die wissenschaftliche Notwendigkeit der Unterscheidung zu, indem er schreibt:

*„Biological racism claims to find biologically inherited dissimilarities between people of different geographic origins; culturalism makes no such claims of inherent differences.“*<sup>[13]</sup>

Die offensichtliche Verständnislücke im Ansatz von Lemke und Peters ist z.B. die Verwechslung der Begriffe „*ethnisch*“ oder „*ethnisch-kulturell*“ als Beschreibung von durch gesellschaftliche Sozialisierung übertragenen Wertvorstellungen bzw. *erlerntem Verhalten* einerseits, und andererseits „*Rasse*“, als Unterstellung einer vermeintlich biologisch bedingten *Veranlagung*.<sup>[14]</sup> Einfach formuliert könnte man sagen, dass ein kulturelles

<sup>[11]</sup> Der Begriff wird im Kontext von Diskriminierungen ebenfalls im Grundgesetz und im Antidiskriminierungsgesetz (AGG) verwendet.

<sup>[12]</sup> Fredrickson, George, *Racism: A Short History*, Princeton 2015, S. 6-7.

<sup>[13]</sup> Bratt, Christopher, „Is it racism? The belief in cultural superiority across Europe“, *European Societies*, Vol. 24 (2), 2022, S. 210. <https://doi.org/10.1080/14616696.2022.2059098>

<sup>[14]</sup> Dabei liegt der Schwerpunkt bei den kulturellen Aspekten, die als Erklärung für Verhaltensunterschiede herangezogen werden. Kultur ist jedoch keine unabhängige Variable, sondern wird durch Faktoren wie Geografie, Klima und der bisherige Verlauf der Geschichte beeinflusst. Vgl. dazu Lawrence Harrison und Samuel Huntington, *Streit um Werte: Wie Kulturen den Fortschritt prägen*, Berlin, 2002.

Erklärungsmuster die „Sozialisierungssoftware“ beschreibt, auf Grund derer sich in bestimmten Gruppen bestimmte Verhaltensweisen mit höherer Wahrscheinlichkeit ausbilden, während ein rassistisches Menschenbild von einem biologischen Determinismus ausgeht, der den Trägern unveränderlicher biologischer Merkmale ein bestimmtes Verhalten unterstellt. Alle Schriften des Verfassers gingen und gehen ausnahmslos von Erstgenanntem aus, wie Lemke und Peters in dem von ihnen selbst zitierten Aufsatz aus 1998 hätten lesen können:

*„Oftmals werden Ethnie und Rasse synonym verwendet, obwohl sich nur in wenigen Fällen ethnische Unterschiede so simplifiziert erklären lassen. Meist bekriegen sich ethnische Gruppen, die äußerlich kaum voneinander zu unterscheiden sind und deren Auseinandersetzungen demnach keinerlei rassenideologische Ansätze zugrundeliegen. Ethnizität umfaßt verschiedene Aspekte der kollektiven Selbstdefinition, die sich auf Wertesysteme bzw. Kultur, Religion und die gemeinsame Vergangenheit stützen, während Rassismus und Rassenideologien eine hierarchische Rangordnung der Menschheit aufgrund biologischer Eigenschaften postuliert.“<sup>[15]</sup>*

Prof. Jäger bestätigt dies:

*„Die Aussage, dass die Ausblendung von Subjektivität und Bezugnahme auf ethnisch-kulturelle Identität „rassistisch“ sein soll, ist wissenschaftlich nicht nachvollziehbar, weil es drei verschiedene Ansätze zur Analyse von sozialen Tatbeständen sind. Es sind drei unabhängige Konzepte, anders gesagt: die Begriffe schließen sich gegenseitig definitorisch aus, werden in Abgrenzung zueinander definiert und deshalb ist die Aussage wissenschaftlich nicht zu verstehen.“<sup>[16]</sup>*

Er stellt klar:

*„[...] Maninger argumentiert an keiner Stelle biologisch, sondern begründet die Gestalt der jeweiligen Ethnien aus den drei Faktoren Sprache, Religion und Geschichtsbewusstsein, die selbst soziale Konstrukte sind, wie er an mehreren Stellen anmerkt. Es stehen sich also zwei soziale Konstrukte gegenüber: Individuum und Ethnie.“<sup>[17]</sup>*

Prof. Krause schließt sich dieser Einschätzung an, indem er schreibt:

*„Auch wird Maninger ‚Rassismus‘ vorgeworfen, wofür sich in seinen wissenschaftlichen Schriften kein Beleg findet.“<sup>[18]</sup>*

Abgesehen davon, dass die Unterscheidung zwischen den Begriffen „Rasse“, „Kultur“ und „Ethnie“ wissenschaftlich weitgehend geklärt ist, scheinen die Autoren selbst nicht ganz von ihrem Vorwurf des Rassismus überzeugt zu sein, den sie aus den Veröffentlichungen herauszulesen glauben. Andernfalls hätten sie wohl nicht die Notwendigkeit gesehen, folgenden Beiträge des Verfassers zu unterschlagen:

1. *„Gefängnisstrafe für Hobby-Nazi“<sup>[19]</sup> (1997), in dem Rassismus und Rechtsextremismus sehr deutlich verurteilt werden.*

---

<sup>[15]</sup> Maninger, Stephan, „Ethnische Konflikte entlang der Entwicklungsperipherie“, Ordo Inter Nationes, Universität der Bundeswehr, 1998, S. 2.

<sup>[16]</sup> Jäger, 2024, S. 6f.

<sup>[17]</sup> Ebd., S. 5f.

<sup>[18]</sup> Krause, 2024, S. 4.

<sup>[19]</sup> Maninger, Stephan, „Haftstrafe für Hobby-Nazi, Südafrika: Buren freuen sich über die Verurteilung von AWB-Führer‘ TerreBlanche“, in: Junge Freiheit, Nr. 28, 4. Juli 1997.

- II. „Büffelsoldaten: Afroamerikaner in Uniform während der Indianerkriege 1867-1890“<sup>[20]</sup> (2009), in dem die militärischen Leistungen der 9. und 10. Kavallerieregimenter und die der einzelnen „Medal of Honor“-Empfänger, allesamt Afroamerikaner, gewürdigt werden.“

Quelle: Replik, [http://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/Replik\\_auf\\_Studie\\_Lemke\\_Peters.pdf](http://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/Replik_auf_Studie_Lemke_Peters.pdf)

**35. Ihre Vergangenheit ist politisch durch Kontakte zu Rechtsextremen in Südafrika und Deutschland gekennzeichnet. Sie selbst treffen zumindest rechtspopulistische Aussagen (“Sie verlieren zwar ihre Pässe, aber nie ihre Smartphones”). Sie haben von “Ethnosuizid” gesprochen, einem Begriff der Neuen Rechten. Sie haben von “Ethnosuizid” gesprochen, einem Begriff der Neuen Rechten. Sind Sie rechtsextrem? Wie würden Sie Ihr politisches Weltbild beschreiben?**

- Nein, unser Mandant hatte keine bewussten Kontakte zu Rechtsextremisten, die in irgendeiner Form eine Unterstützung signalisieren. Unser Mandant lehnt die rechtsextreme Ideologie ab. Konflikte mit Rechtsextremisten hatte unser Mandant dagegen schon: Sowohl bei der AVF in Südafrika, als auch mit Nordbruch beim Südafrika-Seminar. Siehe Antworten zu Frage 4 und Frage 15.
- Nein, die Aussage „Sie verlieren zwar ihre Pässe, aber nie ihre Smartphones“ ist keine rechtspopulistische Aussage, sondern publizistisches Allgemeingut – siehe Antwort auf Frage 19 **mit Nachweisen, die Sie zu nennen hätten, anstatt zu unterschlagen, in welcher guten Gesellschaft sich unser Mandant mit seiner zutreffenden Formulierung befindet.**
- Um den Begriff Ethnosuizid einzuordnen, verweisen wir ebenfalls auf **einen Auszug aus der Replik:**

„Aus derselben Textstelle wurde auch der Begriff des „*Ethnosuizids*“ (ein Begriff aus der Verhaltensforschung, der die freiwillige Aufgabe der eigenen ethnokulturellen Identität einer Gesellschaft beschreibt) von den Autoren dekontextualisiert und skandalisiert. Der Begriff „*Ethnosuizid*“ wurde im deutschsprachigen Wissenschaftsdiskurs v.a. von dem Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt geprägt.<sup>[21]</sup> Außerdem findet sich der Begriff auch im historischen Kontext z.B. bei José Rabasas 2012 Werk „Tell Me the Story of How I Conquered You: Elsewheres and Ethnosuicide in the Colonial Mesoamerican World“. In der Forschung zu ethnischen Konflikten hat der Begriff einen festen Platz und lässt sich dies leicht nachlesen z.B.:

- „*Furthermore, the armed struggle could be a realistic choice if the alternative is torment and ethnic suicide ('cultural genocide') by assimilation. More generally, armed struggle, the last resort, is the result of an ethnic group's quest identity, positive group distinctiveness, self-respect and ingroup cohesion (Tajfel, 1978; Mitchell, 1981b, pp. 62-68).*“<sup>[22]</sup>
- *“Attempts have been made to classify approaches to managing inter-ethnic conflict. Ranging from consociationalism,<sup>86</sup> via federalization, arbitration, integration, to assimilation, secession, ethnic cleansing and genocide, certain scholars focus on state*

<sup>[20]</sup> Maninger, Stephan, „Büffelsoldaten: Afroamerikaner in Uniform während der Indianerkriege 1867-1890“, in: Magazin für Amerikanistik, Heft 2, 2.Quartal, Wyk auf Föhr 2009.

<sup>[21]</sup> Eibl-Eibesfeldt, Irenäus, Wider die Misstrauensgesellschaft. Streitschrift für eine bessere Zukunft, München 1994, S. 136.

<sup>[22]</sup> Heraclides, Alexis, Conflict Resolution, Ethnonationalism and the Middle East Impasse, in: Journal of Peace Research, Nr. 2, Mai 1989, S.201.

actions<sup>87</sup> while others foreground the experience of sub-state groups, e.g., indigenization, accommodation, assimilation, acculturation, population transfer, boundary alteration, **genocide, and ethnic suicide.**<sup>88,[23]</sup>

Im konkreten Kontext des Textes („...; *weit links etwa mit der Forderung ‚Deutschland verrecke‘, was sich am Rande des Ethnosuizids befindet.*“) spielte der Verfasser damit auf die nicht nur in den 90er Jahren – „*weit links*“ – intensiv geführte Debatte v.a. um die sogenannten „*Antideutschen*“ innerhalb der linksextremistischen Szene an. Zitate wie die Folgenden zeigen die damalige Diskussion auf:

- „*Konsequenter Antifaschismus muss demgemäß strikt antinational sein. Regelmäßig finden Antifa-Demonstrationen unter Mottos wie ‚Deutschland verrecke!‘, ‚Deutschland halt’s Maul!‘, ‚Keine Träne für Dresden!‘ oder ‚Es gibt tausend Gründe Deutschland zu hassen!‘ statt.*“<sup>[24]</sup>
- „*Auf der anderen Seite entfalten seit der deutschen Einheit ‚Antideutsche‘, die sich selber so bezeichnen, Hass auf das eigene Volk (‚Deutschland verrecke‘). Diese Antideutschen, beheimatet in grossen westdeutschen Universitätsstädten, unterstützen, obwohl linksextremistisch ausgerichtet, konservative amerikanische Politiker, weil diese den Schutz Israels gewährleisteten und ein ‚Viertes Reich‘ verhinderten.*“<sup>[25]</sup> (Jesse)

Darüber hinaus schreiben die Autoren der „Studie“ dem Verfasser den Begriff „verrecken“ zu, indem sie ihn prominent in einer Überschrift platzieren.<sup>[26]</sup> Dabei handelte es sich offensichtlich nur um eine Beschreibung von Forderungen, die (wie oben belegt) „*weit links*“ geführt wurden, nicht um Aussagen des Verfassers.“

### **36. Sind Sie der Ansicht, dass Ihre politischen Ansichten mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar sind?**

- Ja, dies ist mittlerweile nachweislich und mehrfach geprüft und gutachterlich bestätigt. **Auch hierauf hätten Sie explizit hinzuweisen, anstatt so zu tun, als bestehe hieran noch irgendein Zweifel.**

### **37. Zusatz: Die Junge Freiheit schreibt in ihrer Ausgabe vom 21.12.2001 / 28.12.2001 über einen Kongress der Jungen Union Niedersachsen:**

*„In einem anschließenden Forum über die Zukunft des Krieges skizzierte der Politikwissenschaftler Stephan Maninger die Auslöser und Arten zukünftiger Konflikte sowie die Voraussetzungen für ihre Lösung. Zu den wahrscheinlichsten Krisenszenarien zählte er ethno-religiöse Konflikte, Ressourcen- und Verstrickungskriege. Zunehmend spielten sich diese Auseinandersetzungen nicht mehr zwischen, sondern innerhalb von Staaten ab, beziehungsweise zwischen einem Staat und nicht-staatlichen Akteuren. An aktuellen Beispielen veranschaulichte Maninger den schwindenden Einfluß konventioneller Streitkräfte und die Zunahme der „asymmetrischen Kriegführung“. **Politisch notwendig sei in Deutschland ein Abschied von der antimilitärischen Grundhaltung der Gesellschaft, die entschiedenere Steuerung der Migration und die Einsicht der Politik, daß man multiethnische Staaten nicht um jeden Preis halten könne.**“*

<sup>[23]</sup> Meyjes, Gregory Paul P., Multiethnic conflicts in U.S. military Theaters overseas: Intercultural imperatives, in: Franke, Volker C.; Dorff, Robert H. (Hrsg.), Conflict Management and “whole of government”: Useful tools for U.S. national security strategy?, Strategic Studies Institute, US Army War College, April 2012, S.412.

<sup>[24]</sup> Peters, Tim, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006, S.122.

<sup>[25]</sup> Jesse, Eckhard, Linksdrall im geistigen Klima Deutschlands, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 7.5.2008. [https://www.nzz.ch/linksdrall\\_im\\_geistigen\\_klima\\_deutschlands-ld.482785](https://www.nzz.ch/linksdrall_im_geistigen_klima_deutschlands-ld.482785)

<sup>[26]</sup> Vgl. Lemke, Matthias; Peters, Daniel (2023): S. 77.

Den gesamten Text finden Sie online unter <https://jf-archiv.de/archiv01/521yy12.htm>. **Ist es zutreffend, dass Sie einen „Abschied von der antimilitärischen Grundhaltung der Gesellschaft“, sowie „die entschiedeneren Steuerung der Migration und die Einsicht der Politik“ gefordert haben und der Ansicht waren, „daß man multiethnische Staaten nicht um jeden Preis halten könne“?**

- In Ihrer Zusatz-Anfrage zitieren Sie einen Text über eine Veranstaltung 2001 der CDU-Nachwuchsorganisation Junge Union (JU), welcher den damaligen Vortrag unseres Mandanten beschreibt. Dabei fragen Sie nach dem letzten von Ihnen zitierten Satz, in dem 3 sicherheitspolitische Aspekte angeführt werden. Aus diesem Grund nehmen wir im Einzelnen zu den drei Aspekten Stellung.
  - **Zu 1. „Abschied von der antimilitärischen Grundhaltung der Gesellschaft“**

Unser Mandant hatte – wie es im Text heißt – über *„Auslöser und Arten zukünftiger Konflikte sowie die Voraussetzungen für ihre Lösung“* gesprochen. Dabei wurden auch die Schrecken des Zerfalls Jugoslawiens beleuchtet, wie z.B. der Völkermord in Srebrenica bei dem mehr als 8.000 bosnische Muslime (v.a. Jungen und Männer) von serbischen Ethnonationalisten auf brutale Weise in einer UN-Schutzzone getötet wurden, während UN-Blauhelmsoldaten weitestgehend hilflos dem Massaker ausgesetzt waren. In der Folge wurde eine Debatte um die Ausrüstung von Blauhelmsoldaten mit schweren Waffen und dem „robusten Mandat“ in der UN, der NATO und eben auch in Deutschland geführt, gerade um mit besser ausgestatteten Mandaten einen „robusten“ Schutz der Zivilbevölkerung in dem damaligen Kontext bewirken zu können. Bei seinem Vortrag bezog sich unser Mandant auf diesen Völkermord, was oben unerwähnt bleibt. Die Aussage „antimilitärische Kultur“ wie er es auf der Veranstaltung verwendet hatte, war nicht seine Aussage, sondern er hatte einen Experten zitiert, der in einem WELT-Artikel zitiert wurde: <https://www.welt.de/print-welt/article566888/Soldaten-sind-keine-Sozialarbeiter.html>

Nachfolgend sehen Sie den entsprechenden Satz aus einem Text unseres Mandanten von vor fast 30 Jahren:

Der psychologische Berater der in Srebrenica eingesetzten Dutchbatter und an der Erasmus Universität lehrende Hans Binneveld beschreibt das militärische Dilemma folgendermaßen: *„Eine Gesellschaft wie die unsere kann keine guten Soldaten hervorbringen. Wir sind kein kriegerisches Volk, kämpfen ist nicht Teil unserer bürgerlichen Kultur – das gilt übrigens auch für das Nachkriegsdeutschland. Srebrenica zeigt, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt: Wir halten uns da raus und spielen keine Rolle. Oder wir nehmen Abschied von unserer antimilitärischen Kultur.“*<sup>68</sup>

Heute wird die Debatte noch viel deutlicher geführt. Wir verweisen nur auf die Aussage von SPD-Verteidigungminister Pistorius "Wir müssen kriegstüchtig werden!". Quelle: <https://www.bmvq.de/de/mediathek/verteidigungsminister-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-5701664>

- **Zu 2. „die entschiedenere Steuerung der Migration“**

Schon der Gutachter Krause betont, dass Maninger „geradezu prophetisch“ sicherheitspolitische Entwicklungen vorhergesagt hat. So schreibt er: *„Geradezu prophetisch seine Ausführungen zu der Gefahr, dass muslimische Parallelgesellschaften in westlichen Staaten zur organisatorischen, personellen und logistischen Voraussetzung für terroristische Anschläge werden.<sup>68</sup> Im Jahr Herbst 2015 und Anfang 2016 konnte das angesichts der brutalen Anschläge in Paris und Brüssel deutlich aufgezeigt werden – alle Spuren führten damals in den Brüsseler Stadtteil Molenbeek, in dem es eine starke Präsenz von Menschen aus muslimischen Ländern gibt.“<sup>69</sup>*  
Quelle: Gutachten Krause, S.19. [https://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/Gutachten\\_Krause.pdf](https://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/Gutachten_Krause.pdf)

Durch aktuelle Debatten wird unser Mandant voll und ganz bestätigt:

- **Bundesministerium des Innern (noch unter der SPD-Innenministerin Faeser)**

„Migration auf allen Ebenen ordnen und steuern“

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/migration-ordnen-und-steuern-2231258>

- **SPD-Bundestagsfraktion**

„Wie steuern wir Migration?“

<https://www.spdfraktion.de/migration>

- **Europäische Union**

„Wie die EU Migrationsbewegungen steuert“

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/managing-migration-flows/>

➤ **SPIEGEL**

„Scholz und die Flüchtlingspolitik: ‚Wir müssen endlich im großen Stil abschieben‘“

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-ueber-migration-es-kommen-zu-viele-a-2d86d2ac-e55a-4b8f-9766-c7060c2dc38a>

➤ **Buch, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)**

„Migration steuern“

<https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/573637/migration-steuern/>

Hierzu ebenfalls Verweis auf die Antworten zu Ihrer Frage 28.

- **Zu 3.) „die Einsicht der Politik, daß man multiethnische Staaten nicht um jeden Preis halten könne.“**

Auch diese Beschreibung bezieht sich auf dem Kontext der Lehren der gewaltsamen Entwicklungen des zerfallenen Jugoslawiens. Die Kernaussage lautete damals, dass vor dem Hintergrund des Zerfalls Jugoslawien eine Debatte über multiethnische Staaten ausgelöst wurde. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass das multiethnische Jugoslawien nicht zusammengehalten werden konnte und in viele neue Staaten zerbrach.

**Auch diese Einordnungen hätten Sie zu bringen, wenn Sie über diese Punkte berichten wollen.**

Wenn wir nun rückblickend auf die Qualität Ihrer Fragen, die vielen falschen Annahmen und Unterstellungen schauen, dann gehen wir davon aus, dass auch Sie auf den reichen Sagenschatz und die wahnhaften Verschwörungstheorien Ihrer Quelle und seines linksradikalen Fan-Clubs hereingefallen sind bzw. darauf hereinfliegen wollen. Sollten Sie also nach diesen Antworten noch weitere Fragen haben, wenden Sie sich lieber an uns, als an Ihre Quelle.

I.ü. weisen wir Sie noch explizit auf folgende Quellen und Dokumente hin, die Sie im Rahmen Ihrer Sorgfaltspflicht in Ihre Recherche einfließen lassen müssen. Darüber sind Sie hiermit belehrt und vorgewarnt worden.

Alle weiteren relevanten Informationen sind auf der Homepage unseres Mandanten

zusammengefasst. **Auch diese müssen Sie in Ihrer Berichterstattung berücksichtigen:**

<https://stephan-maninger.de/ueberblick-zur-entlastung/>

Dabei betonen wir besonders:

- 1.) Den Innenrevisionsbericht <https://stephan-maninger.de/entlastung/#innenrevision>
- 2.) Das Gutachten von Prof. Jäger <https://stephan-maninger.de/entlastung/#gutachten-jaeger>
- 3.) Das Gutachten von Prof. Krause <https://stephan-maninger.de/entlastung/#gutachten-krause>
- 4.) Die Stellungnahmen von Prof. Jäger und Prof. Krause zum GdP-Gutachten von Virchow <https://stephan-maninger.de/entlastung/#stellungnahmen-virchow>
- 5.) Die Erklärung unserer Kanzlei zur „Studie“ <https://www.hoecker.eu/news/erklärung-der-kanzlei-höcker-zum-fall-unseres-mandanten-stephan-maninger>
- 6.) Die Erklärung unserer Kanzlei zum Urteil des LG Lübeck <https://www.hoecker.eu/news/teilverbot-im-fall-prof-maninger-lg-lübeck-erklärt-wissenschaftsfreiheit-zur-narrenfreiheit-und-zieht-dennoch-grenzen>

- 7.) Den WELT-Artikel zur Kampagne  
<https://www.welt.de/vermischtes/article690490bfa6bc3e9242fc7e80/ausgewiesener-rechtsextremist-wie-ein-professor-der-polizeiakademie-um-seinen-ruf-kaempft.html>
- 8.) Die Replik unseres Mandanten zur „Studie“ [http://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/Replik\\_auf\\_Studie\\_Lemke\\_Peters.pdf](http://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/Replik_auf_Studie_Lemke_Peters.pdf)
- 9.) Die Antwort unseres Mandanten auf die öffentliche Erklärung der GdP  
[https://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/antwort-an-gdp\\_2023.pdf](https://stephan-maninger.de/wp-content/uploads/antwort-an-gdp_2023.pdf)
- 10.) Der WELT-Artikel zur Demonstration in Lübeck  
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article699b1b2bcc6a6db1d3add0d8/stephan-maninger-wie-spd-und-linke-in-luebeck-gegen-einen-professor-mobil-machen.html>

**Sie sind verpflichtet, ausdrücklich darauf hinzuweisen, wie viele und welche Stellen unseren Mandanten inzwischen von genau den Vorwürfen entlastet haben, die Sie hier zum x-ten Male wiederholt haben.**

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Höcker

**Prof. Dr. Ralf Höcker, LL.M. (IP) (London)**  
Rechtsanwalt / Partner



Friesenplatz 1  
D-50672 Köln  
Tel +49 221 933 191 0  
Fax +49 221 933 191 10  
[hoecker@hoecker.eu](mailto:hoecker@hoecker.eu)

**HÖCKER Rechtsanwälte PartGmbH**  
**Partnerschaftsregister AG Essen Nr. 1797**  
**Datenschutzinformationen / Liste der Partner: [www.hoecker.eu](http://www.hoecker.eu)**

---

[1] „Mbeki thanks Viljoen“, News24, 15 March 2001, <https://www.news24.com/mbeki-thanks-constand-viljoen-20010315> .

[2] Pieter du Toit, „Constand Viljoen ‘played critical role’ in peaceful transition to democracy“, News24, 3 April 2020, <https://www.news24.com/constand-viljoen-played-critical-role-in-peaceful-transition-to-democracy-20200403> .

[3] De Villier, Bertus, „Section 235 of the Constitution: Too soon or too late for cultural self-determination in South Africa?“, South African Journal on Human Rights, Volume 30 Issue 3, 2014, S. 458-483.

- [4] „Mbeki thanks Viljoen“, News24, 15 March 2001, <https://www.news24.com/mbeki-thanks-constand-viljoen-20010315> .
- [5] Pieter du Toit, „Constand Viljoen ‘played critical role’ in peaceful transition to democracy“, News24, 3 April 2020, <https://www.news24.com/constand-viljoen-played-critical-role-in-peaceful-transition-to-democracy-20200403> .
- [6] Maninger, Stephan, „Haftstrafe für Hobby-Nazi, Südafrika: Buren freuen sich über die Verurteilung von AWB-Führer‘ TerreBlanche“, in: Junge Freiheit, Nr. 28, 4. Juli 1997.
- [7] Heckmann, Friedrich, Einwanderung mit Zukunft. Neue Nationsbildung in Deutschland statt Minderheitengesellschaft, Frankfurt 2024, S.198.
- [8] Löffler, Berthold, Der Riss durch Europa. Kollision zweier Wertesysteme, Stuttgart, 2020, S.39.
- [9] Merkel, Wolfgang, Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Wirtschaft, Kultur und Diskurs: Die SPD in der Kosmopolitismus-Falle, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB, 1.2.2016. <https://democracy.blog.wzb.eu/2016/02/01/gesellschaftlicher-zusammenhalt-wirtschaft-kultur-und-diskurs-die-spd-in-der-kosmopolitismus-falle/#more-1951>
- [10] Schimmelfennig, Frank; Vogt, Manuel; (2013) Staat und Volk – was sonst? In: Kriesi, Hanspeter and Müller, Lars, (eds.) Herausforderung Demokratie. NCCR Democracy and Lars Müller Publishers: Zürich, Switzerland.
- [11] Der Begriff wird im Kontext von Diskriminierungen ebenfalls im Grundgesetz und im Antidiskriminierungsgesetz (AGG) verwendet.
- [12] Fredrickson, George, Racism: A Short History, Princeton 2015, S. 6-7.
- [13] Bratt, Christopher, „Is it racism? The belief in cultural superiority across Europe“, European Societies, Vol. 24 (2), 2022, S. 210. <https://doi.org/10.1080/14616696.2022.2059098>
- [14] Dabei liegt der Schwerpunkt bei den kulturellen Aspekten, die als Erklärung für Verhaltensunterschiede herangezogen werden. Kultur ist jedoch keine unabhängige Variable, sondern wird durch Faktoren wie Geografie, Klima und der bisherige Verlauf der Geschichte beeinflusst. Vgl. dazu Lawrence Harrison und Samuel Huntington, Streit um Werte: Wie Kulturen den Fortschritt prägen, Berlin, 2002.
- [15] Maninger, Stephan, „Ethnische Konflikte entlang der Entwicklungsperipherie“, Ordo Inter Nationes, Universität der Bundeswehr, 1998, S. 2.
- [16] Jäger, 2024, S. 6f.
- [17] Ebd., S. 5f.
- [18] Krause, 2024, S. 4.
- [19] Maninger, Stephan, „Haftstrafe für Hobby-Nazi, Südafrika: Buren freuen sich über die Verurteilung von AWB-Führer‘ TerreBlanche“, in: Junge Freiheit, Nr. 28, 4. Juli 1997.
- [20] Maninger, Stephan, „‘Büffelsoldaten‘: Afroamerikaner in Uniform während der Indianerkriege 1867-1890“, in: Magazin für Amerikanistik, Heft 2, 2.Quartal, Wyk auf Föhr 2009.
- [21] Eibl-Eibesfeldt, Irenäus, Wider die Misstrauensgesellschaft. Streitschrift für eine bessere Zukunft, München 1994, S. 136.
- [22] Heraclides, Alexis, Conflict Resolution, Ethnonationalism and the Middle East Impasse, in: Journal of Peace Research, Nr. 2, Mai 1989, S.201.
- [23] Meyjes, Gregory Paul P., Multiethnic conflicts in U.S. military Theaters overseas: Intercultural imperatives, in: Franke, Volker C.; Dorff, Robert H. (Hrsg.), Conflict Management and “whole of government”: Useful tools for U.S. national security strategy?, Strategic Studies Institute, US Army War College, April 2012, S.412.
- [24] Peters, Tim, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006, S.122.

- [25] Jesse, Eckhard, Linksdrall im geistigen Klima Deutschlands, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 7.5.2008. [https://www.nzz.ch/linksdrall\\_im\\_geistigen\\_klima\\_deutschlands-ld.482785](https://www.nzz.ch/linksdrall_im_geistigen_klima_deutschlands-ld.482785)
- [26] Vgl. Lemke, Matthias; Peters, Daniel (2023): S. 77.